Montag, 21. Juli 1924

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Postbezieher 1,60 Mark, Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Postzustellung, am Postamt abgeholt 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 6 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteil für die Millimeterzeile. — Hauptgeschäftsstelle: Halle 2314, Fernruf 4005. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Vor Einladung der Reichsregierung

Marx' Vorbereitungen.

Der Reichskanzler in Begleitung Stresemanns.

Berlin, 21. Juli. (Radiodienst.)

Die Reichsregierung erwartet spätestens bis Mittwoch ihre Einladung zur Londoner Konferenz. Die Reichsregierung hat auf Grund offizieller Verabredungen aus London bereits seit einigen Tagen mit einer Einladung gerechnet und inzwischen die notwendigen Vorbereitungen für die Teilnahme an dem Schlußakt der Londoner Beratungen getroffen. Voraussichtlich wird der Reichskanzler in Begleitung des Reichsaußenministers persönlich in London erscheinen.

Die Kompromiß-Formel in der Sanktionsfrage.

Die französische „Auslegungsfreiheit".

Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Mit dem Kompromiß, das am Sonnabend in der politischen Kommission über die Bestrafung etwaiger deutscher Verfehlungen und der Sanktionen zustandegekommen ist und an dessen Redaktion durch die Delegationen hier nicht zu zweifeln wird, ist eine der schwierigsten Klippen, die den Verhandlungen in London drohten, umschifft. Selbst in denjenigen französischen Kreisen, in denen man der Konferenz und ihren Erfolgsaussichten mit Skepsis oder ausgesprochenem Pessimismus gegenüberstand, [illegible] die Durchführung des Sachverständigenplanes nunmehr als gesichert betrachtet. Das beste Zeichen für die eingetretene Entspannung ist, daß man am Sonntag in London über die Form, in der die Einladung an die deutsche Regierung erfolgen soll, beraten hat und sogar in den nationalistischen französischen Organen nicht mehr der geringste Widerspruch gegen [illegible] noch in der vorgenommenen Weise scharf betonte Hinzuziehung Deutschlands zur Konferenz sich bemerkbar macht. In den maßgebenden Kreisen spricht man den Wunsch aus, Deutschland, wie die meisten der alliierten Regierungen, durch den Reichskanzler selbst in London vertreten zu sehen. Das scheint in einem gewissen Mißtrauen weniger in der Person des deutschen Außenministers als in seiner Abhängigkeit von der hier als wenig zuverlässig angesehenen Deutschen Volkspartei seine Ursache zu haben.

Die Formel, auf die man sich in der Frage der Sanktionen geeinigt hat, stellt ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Anträgen dar. Die Prozedur bei schweren deutschen Verfehlungen — die gewöhnlichen Verfehlungen finden nach dem Sachverständigenplan durch die Kontrollorgane bzw. auf schiedsrichterlichem Wege ihren Austrag — ist nunmehr die folgende:

„Die Feststellung erfolgt durch die Hinzuziehung eines amerikanischen Vertreters zur Reparationskommission. Die Entscheidung über etwaige Sanktionen dagegen ist den alliierten Regierungen selbst vorbehalten, die darüber gemeinsam beraten und beschließen und folgendes, in Artikel 3 des am Sonnabend angenommenen Vereinbarungs festgelegten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen haben: 1. Die Sanktionen dürfen sich nicht erstrecken auf die in der internationalen Anleihe garantierenden Spezialpfänder. 2. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihe soll, falls die Einzüge aus den Spezialpfändern nicht ausreichen, eine Priorität auf alle aus will. Sanktionen erzielbaren Einnahmen erhalten. 3. Die in Aussicht genommenen Sanktionen sollen erst durchführbar werden, wenn der „Agent für die Ueberweisungen" und ein von den internationalen Geldgebern zu ernennender Vertreter sich dazu gutachtlich geäußert haben."

Nach den ursprünglichen Vorschlägen der englischen Lösung sollte zu den Sanktionen die ausdrückliche Zustimmung des Agenten für die Ueberweisungen sowie des Treuhänders für die deutschen Obligationen erforderlich sein. Nach der nunmehr angenommenen Lösung sollen die Vertreter der internationalen Finanzinteressen nicht mehr eine gleiche übergeordnete Instanz bilden, sondern nur noch mit einer Art Aufsichtsrecht ausgestattet sein.

Der § 4 des Abkommens stellt fest, daß das den einzelnen Regierungen aus dem Friedensvertrag und dem Gutachten der Sachverständigen zuständige Recht gewahrt bleibt. Herriot hat also die Handlungsfreiheit, auf die ihn die Opposition des Senats festgelegt hat, durchgesetzt. Die Form, in der dies geschehen ist, bedeutet jedoch keineswegs eine Anerkennung des französischen Anspruchs auf das Recht zu Sonderaktionen. Denn dieses Recht, das Frankreich und Belgien aus der willkürlichen Auslegung des ausleghaften § 18 des Anhangs II des Friedensvertrages herzuleiten haben, ist bekanntlich von den anderen alliierten Regierungen niemals anerkannt, sondern, insbesondere von der englischen, aufs schärfste bestritten worden. Darüber hinaus wird von der linksstehenden Presse betont, daß Herriot der parlamentarischen Opposition die Formel Genugtuung des § 4 nicht so unbedenklich werde kompensieren können, als er über seinen Entschluß, von seiner Handlungsfreiheit keinen Gebrauch zu machen, niemals einen Zweifel gelassen habe. „Oeuvre" meint, es sei bedauerlich, daß die Konferenz sich über diese Frage von nebensächlicher Bedeutung der Lösung von den Hauptproblemen habe ablenken lassen.

In der Frage der militärischen Freigabe der Ruhr hat der in seinen Grundlinien bereits mitgeteilte Entwurf auf scharfen amerikanischen und englischen Widerspruch gestoßen. England hält nach wie vor an der Forderung der Festlegung bestimmter Termine fest, bis zu denen der Abzug der französisch-belgischen Regie beginnen und, die Erfüllung des Dawes-Planes von Deutschland vorausgesetzt, beendet sein soll. Auch der französische Standpunkt, daß als Ausgangspunkt für die Berechnung der ersten Annuität die Gründung der Deutschen Eisenbahngesellschaft gelten soll, wird von England zurückgewiesen mit dem Argument, daß die deutsche Zahlungsverpflichtung erst beginnt, wenn die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands restlos wiederhergestellt sei. Der wichtigste Konflikt dürfte in der Frage der Kontrolle über die strategisch wichtigen Eisenbahnlinien bestehen. Die am Sonnabend als Sachverständige gehörten englischen Militärs haben die Forderung nach Einstellung von 4000 französisch-belgischen Eisenbahnern für unbeträchtlich erklärt und der Auffassung Ausdruck gegeben, daß im Falle eines Streiks bei deutschen Eisenbahnpersonal sämtliche Truppen der Besatzungsarmee ausreichen, um den Betrieb dieser Strecken ohne Störung bis zur Mobilisierung des alliierten Bahnpersonals aufrechterhalten zu können. (!) Die militärischen Sachverständigen der Konferenz haben darüber am Sonntag mit den beiden alliierten Mitgliedern des Eisenbahnkomitees Acworth und le Vere weiter beraten.

Der französisch-belgische Räumungsplan.

Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Angaben der Pariser Presse über den französisch-belgischen Plan für die ökonomische Räumung des besetzten Gebiets gehen erkennen, daß diese Räumungsfrist mit weniger Begeisterung sind als man nach den früher darüber veröffentlichten Nachrichten annehmen mußte. Diese Regelung ist erheblich günstiger, als sie in der französisch-englischen Note vom 9. Juni in Aussicht genommen war. Denn dort war vorgesehen, daß die ökonomische Freigabe der besetzten Gebiete erst erfolgen sollte, wenn die von der Reparationskommission festgesetzten Kriterien für die Inkraftsetzung des Dawes-Planes von deutscher Seite erfüllt seien. Der französisch-belgische Plan aber verlegt den Beginn der ökonomischen Räumung bereits in einen früheren Zeitpunkt. Die etappenweise Wiederherstellung des status quo soll beginnen, sobald Deutschland einen Teil der Bedingungen erfüllt hat, und zwar sobald die Gesetze vom Reichstag verabschiedet und verkündet, die im Dawes-Plan vorgesehenen Kontrollorgane geschaffen sind und von der internationalen Finanz die Zeichnung der Anleihe sichergestellt ist. Die Beseitigung der Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, das System der Ein- und Ausfuhrlizenzen und der Sonderabgaben sollen in zwei Etappen in Wegfall kommen. Von deutscher Seite soll die Gründung der Notenbank und der Eisenbahngesellschaft sowie die Ausgabe der Obligationen an den Treuhänder erfolgen. 30 Tage später wird von den Alliierten der Abbau der französisch-belgischen Eisenbahnregie vorgenommen werden, der innerhalb 2 Monaten beendet sein muß. Ein kleiner Stab alliierter Eisenbahnbeamten soll im Regiegebiet zurückgelassen werden, bis die für die Truppen nötigen Transporte organisiert sind.

Die Hoffnungen der Katastrophen-Apostel

Am Mittwoch werden also die deutschen Delegierten in London erscheinen, nicht um die Londoner Vereinbarungen nur zu unterschreiben, sondern auf die Unterschriebe hinzuweisen, die bereits dem Inhalt des Sachverständigengutachtens und den Ausführungsbestimmungen, die in London festgesetzt worden sind, [illegible]. Das erwähnen wir als ganz selbstverständlich. Wer als ebenso verständnislos hätten es unsere Reaktionäre, daß Deutschland sich überhaupt nicht in London vertreten läßt und vor Berlin aus ein „Nein" äußert. So wünscht es die „Deutsche Zeitung" und eine ähnliche Handlung verlangt die „Deutsche Tageszeitung", die in den bisherigen Londoner Abmachungen „ein raffiniertes Versailles" sieht.

Die Rechte sieht also in den vorläufigen Ergebnissen der Londoner Konferenz eine neue Hoffnung, innerhalb der deutschen Bevölkerung wieder Fuß zu fassen. Deshalb fordert sie eine Katastrophenpolitik, denn eine Verständigung der von dem Plenum der Konferenz ausgesprochene Einladung würde im Endeffekt dazu führen, daß die Sanktionsbestimmungen der Londoner Konferenz gerechtfertigt sofort in Kraft treten. Praktisch bedeutet das die Sanktionen der Ruhrbesetzung auf unbestimmte Zeit, neues Elend für weitere Bevölkerungsschichten am Rhein und Ruhr, und zwar nicht durch ein stolzes Frankreich, sondern durch sämtliche Mächte Europas unter stillschweigender Duldung der amerikanischen Regierung. Wir hoffen nicht, daß die Reichsregierung die Verantwortung für einen derartigen Zustand zu tragen bereit ist und den Katastrophenpolitikern ihrem Wunsche entsprechend in die Hände spielt. Wir verlangen zunächst, daß die Einladung an Deutschland im Interesse unseres Landes in der üblichen Form respektiert wird.

Morgen zeichnet.

London, 21. Juli. (Radiodienst.)

[illegible] man, soweit bisher laut geworden ist, mit den Vereinbarungen über die Sanktionen im Falle deutscher Verfehlungen einverstanden sein. Es heißt, daß der amerikanische Bankier Morgan sich schon heute bereiterklären wird, fünfzig Prozent der deutschen Anleihe zu übernehmen. Den Rest sollen die englischen Banken [illegible].

Duesterbergs schwarzer Bart.

Politische Wahrsagerei unseres lieben Kameraden vom Stahlhelm-Berlin.

✢ **Halle** (Saale), 21. Juli.

Duesterbergs Exkursion in die Reihen der Heilsarmee scheint beendet zu sein. Der Gebärvater des mitteleuropäischen Kaiserreichs fühlt sich wieder. Seine glorreichen Erinnerungen an die Dolchstoßtätigkeit in der Waffenstillstandskommission lassen ihn nicht ruhen. Er sitzt auf dem Roß wie Wilhelm II. in der Badewanne des königlichen Schlosses, als er, Seeschlachten markierend, die Schlußsirene durch einen Kammerdiener heulen ließ. Sie gleichen sich eben auf ein Haar. „Wie der Herr, so 's Gescherr," sagt der Volksmund. Mit dem Volk will allerdings unser Hiob Duesterberg nichts tun haben. Er bibbert wie Aaal in Gelee, wenn er an die Zeiten zurückdenkt, wo das deutsche Volk, satt des nutzlosen Gemetzels, seine Geschicke selbst in die Hand nahm. Duesterbergs Haar (falls er eine Glatze haben sollte, möge er uns unsere Frivolität verzeihen) sträubt sich, wenn er an die Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte zurückdenkt. Dann ist sein Blick umflort; er sieht die Welt in den düstersten Farben (daher Duesterberg). Blonde Germanen werden zu schwarzhärtigen Ungeheuern. So kommt es, daß er den Kölner Soldatenrat, der im November 1918 in Spa war, mir noch als den leibhaftigen Satan im Gedächtnis hat.

In einer „Richtigstellung" des hiesigen Organs der Schutzzöllner und Grützschweinezüchter versetzt sich Kamerad Duesterberg in die äußerst klaren Sätze der Berichtigung des Genossen Sollmann mit inbrünstiger Phantasie wie in die Mysterien der Burschenschaft. Duesterberg will natürlich recht behalten. Er erklärt, daß er den Vorsitzenden des Kölner Soldatenrates entweder am 9. Oktober oder am 11. November doch halt erschießen wollen, falls er ihm Duesterberg [illegible] dem er sich mit der Bedrohung mitteleuropäischer Kaiserreiche beehrt, stark umnachtet zu sein. Wir wissen ja, daß bei ihm die Talente des Spaßvogels erheblich stärker als die des Politikers oder Historikers ausgebildet sind. Immerhin dürfte eine Umfrage in Kreisen über den Beginn der deutschen Revolution bei mindestens 95 Prozent aller Insassen die klipp und klare Antwort ergeben, daß die Umwälzung erst am 8. November ihren Anfang genommen habe und daß Soldatenräte vor dieser Zeit noch nicht existiert haben. Unser geliebter Duesterberg rechnet jedoch mit der Möglichkeit, bereits am 9. Oktober mit dem Kölner Soldatenrat in seiner bekannten liebenswürdigen Art verhandelt zu haben. Die Kaiserlose, die schreckliche Zeit muß auf den hallischen Stahlhelmführer verheerend gewirkt haben. Das wird noch klarer, wenn man folgendes Bild vor dem erschreckten Auge erstehen läßt. Duesterberg schreibt in seiner „Richtigstellung" wörtlich: „Der in Frage stehende Führer des Soldatenrates trug einen schwarzen Vollbart ..." Wir bemerken dazu, daß von der Abordnung ein Mitglied gelegentlich einen Anflug von Vollbart getragen hat. Ob das jedoch zur Zeit jenes Aufenthalts in Spa der Fall war, läßt sich im Augenblick nicht genau feststellen. Das eine jedoch steht ganz zweifellos fest, daß, falls Duesterberg diesen Vollbart tatsächlich und nicht nur in seiner beschwingten Phantasie gesehen hat, dieser Vollbart von hellstem germanischen Glanz war. Oder sollte Duesterberg vielleicht die blaue Brille aufgehabt haben, mit der Vetter Ludendorff kurz darauf seinen rühmlichen Feldzug nach Schweden antrat? Duesterberg möge uns verzeihen, daß wir seine ruhmbedeckte Nase mit den begrenzten Möglichkeiten Ludendorffscher Brillengemeinschaft beehren.

Immerhin, Duesterberg legt Wert darauf, eine Aeußerung getan zu haben, die zum mindesten in jener Situation den Eindruck lauter Vorbringlichkeit gemacht haben muß. Denn in seiner „Richtigstellung" teilt unser Gönner mit der Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit eines Metronoms mit: „Auf meinen früher angeführten Zwischenruf hin griff Oberstleutnant Faupel ein und bat mich als älterer Kamerad um Ruhe." Wir haben nie daran gezweifelt, daß Duesterberg auch in seiner früheren Stellung des öfteren hat zur Ruhe gerufen werden müssen. Diese für Duesterberg zweifellos beschämende Tatsache ist für uns jedoch kein Beweis, daß er an jenem fraglichen Tage den Revolver gegen den Kölner Soldatenrat in seinem entzückenden kleinen Armeemundwerk geführt hat.

Die Gewissenhaftigkeit Duesterbergs ist beinahe noch größer als seine Bubs- und Mundfertigkeit. Er hat gehört, daß der Soldatenrat Köln im November 1918 gefunkt haben soll, er würde „dem Frontheere jede Zufuhr von Munition und Lebensmitteln über den Rhein sperren, wenn die OHL nicht sofort die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen oder abschließen würde". Wie wir von dem damaligen Führer des Kölner Soldatenrates authentisch erfahren, ist diese Behauptung ein glatter Schwindel, ein Schwindel, der in der Tat nur in dem hinlänglich bekannten Gehirn eines Duesterberg Boden fassen kann. Der Kölner Soldatenrat hat nach jeder Richtung sowohl auf politischem wie auf organisatorischem Gebiete so hervorragend gearbeitet, daß er auf die Anerkennung von Leuten verzichten kann, deren Vernunft in der Bußtagspropaganda und in ähnlichen Harlekinaden ihren Höhepunkt erreicht hat. In welchem Ansehen der Kölner Soldatenrat bei der verantwortlichen Leitung in Spa, zu der natürlich Herr Duesterberg bei seinen ebenso bescheidenen wie unbestechlichen Gaben nicht gehörte, stand, beweist allein die Tatsache, daß die Oberste Heeresleitung diesen selben Soldatenrat mit Mission betraute, die Organisierung der Soldatenratsbewegung bei der OHL

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240721 1-19/fragment/page=0001

ebenfalls vorzunehmen. Das kleine Duesterhügelchen besitzt jedoch die Flegelhaftigkeit, die drei nach Spa gerufenen Männer, zu denen, wie bekannt, auch der ehemalige Reichsinnenminister Sollmann gehörte, in seiner „Richtigstellung" in der hiesigen Agrarierzeitung als „Burschen" zu bezeichnen. Wir wissen nicht, ob Größenwahn ein ausreichender medizinischer Grund für Einlieferung ins Tollhaus ist; das eine aber wissen wir: daß Duesterberg vom politischen Standpunkt aus die Tollhausreife nicht abgesprochen werden kann.

Es ist schade, daß wir uns ab und zu mit solchen unpolitischen Amöben beschäftigen müssen. Nichtsdestoweniger, Duesterberg soll's merken, daß kein Mensch so klein und so häßlich ist, als daß er nicht doch für wert befunden würde, von unserer christlichen Nächstenliebe umfaßt zu werden.

Barbarische Strafen.

Ein Vergleich mit München.

Königsberg i. Pr., 21. Juli. (WTB.)

Das im Kommunistenprozeß Kascher und Genossen gestern vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gefällte Urteil lautet für Delbendahl auf sieben Jahre Zuchthaus und tausend Mark Geldstrafe, für Kascher auf sechs Jahre Zuchthaus und 600 Mk. Geldstrafe, für Seibold auf fünf Jahre Zuchthaus und 500 Mk. Geldstrafe, für die übrigen sieben Angeklagten auf zwei Monate bis zu vier Jahren Gefängnis und 200 bis 400 Mk. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wird u. a. gesagt: Seit September 1923 war die KPD. illegal und daher eine staatsfeindliche Verbindung, die den Plan hatte, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Es ist in der gegenwärtigen Verhandlung festgestellt worden, daß dies Ziel auch in Ostpreußen durch die Angeklagten verwirklicht werden sollte. Auf Zuchthaus mußte bei den Hauptangeklagten erkannt werden, weil § 7 des Republikschutzgesetzes die schweren Strafen anbefiehlt, obwohl der Staatsgerichtshof nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Angeklagten aus ehrloser Gesinnung gehandelt haben. Andererseits war es oberstes Gesetz, die vom Reiche abgegrenzte Provinz Ostpreußen mit allen Kräften zu schützen.

•

Jeden normal empfindenden Menschen erfaßt ein Schauer, wenn er dieses Urteil mit den Freisprüchen im Münchener Hochverratsprozeß vergleicht.

Herr, sieh Deine Richter an!

In Borkum ist der völkische Terror so weit gediehen, daß jüdische Staatsbürger Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind. Diesen Zustand feiert das bekannte Borkumlied. Der Regierungspräsident in Aurich hatte zur Beseitigung dieser polizeiwidrigen Zustände die nachgeordneten Behörden angewiesen, **der von der Gemeinde angestellten Kurkapelle das Spielen des Borkumliedes zu verbieten.** Der Landrat von Emden hatte diese Anordnung der vorgesetzten Behörde zur Durchführung zu bringen.

Als die völkischen Hetzer sahen, daß sie den Machtmitteln des Staates weichen mußten, wandten sie sich an den Amtsgerichtsrat von Steuber. Dieser hat am 27. Juni 1924 eine einstweilige Verfügung in Sachen der Gemeinde Borkum gegen den preußischen Staat, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Aurich, erlassen, die einen auffälligen Mangel an Rechtskenntnis und an Objektivität zeigt. **Sie untersagt „dem preußischen Staate" und den ihm nachgeordneten Stellen, die Kurkapelle an dem Spielen des Borkumliedes zu hindern und droht „dem preußischen Staate" für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 100 000 Goldmark (!) an.**

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags richtete deshalb am 18. Juli folgende Große Anfrage an den Justizminister:

1. **Hat der Herr Justizminister gegen diesen Richter ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung eingeleitet oder gedenkt er es zu tun?**

2. Ist wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten, dem bewußte Rechtsbeugung vorgeworfen wird, ein Strafverfahren gegen den Amtsgerichtsrat von Steuber anhängig?

3. Ist es richtig, daß der Amtsgerichtsrat von Steuber in einem nahen Verwandtschaftsverhältnis zu dem Haupt der völkischen Hetzer in Borkum, dem Pastor Münchmeyer, steht?

4. Ist der Herr Justizminister nicht auch der Meinung, daß ein Richter, der, unter Mißachtung elementarer Rechtsbegriffe, in einer Angelegenheit der reinen Verwaltungshoheit den „preußischen Staat, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Aurich" mit Androhung hoher Strafen in ein zivilprozessuales Verfahren zieht und dabei über die Vollmacht und Legitimation des von ihm Begünstigten hinwegsieht, **den Verdacht auf sich lädt, das Verbrechen der Rechtsbeugung** (§ 336 StGB.) **begangen zu haben?**

Unsere herrliche Justiz.

München, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Schöffengericht in Würzburg hatte sich dieser Tage der Strohhülsenfabrikant Johann Ascherl wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu verantworten. Er nannte in einem Eisenbahnabteil andern Reisenden gegenüber den ermordeten Erzberger einen meineidigen Schuft, Lumpen und Bezüger, der das deutsche Volk um 16 Millionen Mark betrogen habe, und den ermordeten Rathenau bezeichnete er als Judensau; alle diese Lumpen müßten weg usw. Vor Gericht suchte der Angeklagte seine damals gebrauchten Redensarten abzuschwächen, doch wurden sie durch Zeugenaussagen einwandfrei nachgewiesen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß zwar eine öffentliche Beschimpfung vorliege, doch sei die allgemeine sehr gereizte Stimmung damals (im Juli 1923) in Betracht zu ziehen, so daß die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis mit voller Bewährungsfrist (!) am Platze sei. Die Richter waren aber noch milder und **sprachen den Angeklagten frei.** Sie begründeten ihren Freispruch damit, daß die von dem Angeklagten gebrauchten Worte wohl als Beschimpfung betrachtet werden könnten, aber es fehle bei dem Eisenbahnabteil der Begriff der Oeffentlichkeit. (!) Es sei nur ein bestimmter Personenkreis vorhanden gewesen. Wie man sieht, haben die Schöffengerichte in Bayern von den Volksgerichten sehr viel gelernt.

Rücktritt der griechischen Regierung. Die griechische Regierung ist bei einer Abstimmung über die allgemeine Politik mit 131 gegen 158 Stimmen bei insgesamt 309 Abgeordneten in der Minderheit geblieben. Sie hat daraufhin ihren Rücktritt erklärt.

Die Bedeutung der Ruhr-Räumung.

Genosse Emile Vandervelde schreibt in einem Artikel über die Bedeutung der Räumung des Ruhrgebietes für die Durchführung des Sachverständigengutachtens, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung des Ruhrgebietes ein sehr gefährliches Hindernis für die Mobilisation der deutschen Schuld sei. Er fährt dann fort:

„Die Verlängerung der militärischen Okkupation über die Zeit der wirtschaftlichen Besetzung des Ruhrgebietes hinaus, heißt in der Haut Deutschlands einen Stachel zurücklassen, der ein Herd der Entzündung und der Ansteckung sein muß. Das wäre zum Nachteil aller, die Verlängerung des Zustands der Unruhe und Unsicherheit, der schon soviel Unglück verschuldet hat, auf lange Monate. Das würde die Rückkehr des Vertrauens hindern, das die Sachverständigen mit Recht als unentbehrlich für den Erfolg ihres Planes bezeichnen. Auf der Konferenz der beiden Internationalen am 14. Juli, wo zum ersten Male der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Internationale gemeinsam berieten, haben wir einmütig die militärische Räumung des Ruhrgebietes gefordert, und zwar zur gleichen Zeit und unter den gleichen Bedingungen wie die wirtschaftliche Räumung.

Der Präsident der Interalliierten Konferenz in London, Ramsay MacDonald, der einst Sekretär der Sozialistischen Internationale war, wird hoffentlich seinen großen, anerkannten Einfluß geltend machen können, daß die beteiligten Regierungen der Räumung des Ruhrgebietes von sich aus zustimmen und das nicht erst unter dem mehr oder minder offenen Druck der Großfinanz tun."

Strafvollzugsskandal von Niederschönenfeld.

Toller klagt an.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend mit den von unseren Genossen, den Kommunisten und Nationalsozialisten eingebrachten Amnestieanträgen. Alle sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge wurden von einer bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Der erst vor wenigen Tagen aus dem Festungsgefängnis Niederschönenfeld entlassene Dichter Ernst Toller nahm am Sonnabend Gelegenheit, sich im Reichstag hauptsächlich vor den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rechtsausschusses über die Zustände in Niederschönenfeld zu äußern. Die bürgerlichen Abgeordneten **mit Ausnahme eines Demokraten verzichteten auf die Erklärungen Tollers.** Das dürfte in dem Bewußtsein geschehen sein, daß Tollers Erklärungen Dinge zutage förderten, die nicht nur eine Schmach für die bayerische Justiz, sondern auch für den Reichstag bedeuten, der die Zustände in Niederschönenfeld bestehen läßt. Tatsächlich war es so. Toller führte u. a. folgendes aus:

Der Strafvollzug in Niederschönenfeld ist so demütigend, wie nur möglich. Während Hitler durch die Zeitung sich wegen Ueberlastung weitere politische Besuche verbat, Graf Arco Tag für Tag Urlaub erhalten konnte, die Ackerbauschule besuchte und monarchistische Artikel veröffentlichen konnte, begann gegen Toller und seine Leidensgefährten vom ersten Tag ihrer Einlieferung an ein hartes Ringen, das sich immer mehr und mehr verschärfte. Während sie anfangs 6 Stunden täglich Besuch empfangen durften, wurde die Erlaubnis später auf 6 Stunden wöchentlich eingeschränkt; jetzt muß die Unterhaltung mit dem Besuchenden unbedingt in Gegenwart eines Beamten stattfinden, der selbst bei Unterredungen mit Rechtsanwälten zugegen ist. **Sogar Tollers Arzt wurde abgewiesen.** Es herrscht die schärfste Zensur; **schriftstellerische Tätigkeit ist verboten; Urlaube werden nicht erteilt, selbst wenn es darum geht, sich von der sterbenden Mutter oder von dem sterbenden Kinde zu verabschieden.** Besonders schlimm war es während der Aera des Staatsanwalts Krauß. **Disziplinarstrafen** hagelten wegen jeder Kleinigkeit. **Bald hatte der Gefangene mit dem linken Fuß eine unehrerbietige Bewegung gemacht, bald war die Haltung oder der Gesichtsausdruck nicht vorschriftsmäßig. Mühsam erhielt 10 Tage Einzelhaft wegen Bettentzug, weil bei ihm ein revolutionäres Gedicht aufgefunden wurde. Sauber wurde in die Zwangsjacke gesteckt, weil er in der Erregung, daß er in Einzelhaft müsse, dem Aufseher gesagt hatte: „Mensch, du machst mich ja kaputt; mache mich doch gleich ganz kaputt!"** Seine Verfehlung bestand darin, daß er **eine Flasche, die für seine Frau bestimmt war, in eine kommunistische Zeitung eingewickelt hatte, während die Weitergabe solcher Zeitungen verboten war.** Als einer der Gefangenen, dessen Geisteszustand Zweifel erregte, in Einzelhaft kam, und Mühsam, Weingart und ein dritter Gefangener durch eine Eingabe den Festungsvorstand auf seinen Zustand aufmerksam machten, **erhielten auch sie Einzelhaft. Dieser Gefangene kam später auch ins Irrenhaus. Eingaben an die Reichsregierung wurden beschlagnahmt; Zahnbehandlungen wurden nur als Vergünstigung für gute Führung gestattet** usw. Als dieser Staatsanwalt Krauß seine Amtstätigkeit in Niederschönenfeld begann, sagte er einem der Gefangenen: „Ich bin Direktor, Sie haben zu gehorchen. **Ich greife durch, wenn es sein muß, mit Waffengewalt."** Toller gegenüber äußerte er: **„Ich werde Sie schon klein kriegen."** Eine **Krankenabteilung gibt es in Niederschönenfeld nicht.** Der Gefangene Hagemeister starb in einer Einzelzelle, ohne jede Hilfe, auf einem Lehnstuhl, den ihm seine Mitgefangenen besorgt hatten. **Eine Eingabe Tollers an die Staatsanwaltschaft, in der er den behandelnden Arzt der fahrlässigen Tötung bezichtigte, blieb ohne jeden Erfolg. Dafür aber wurde der Festungsvorstand zum Oberregierungsrat befördert, der Arzt zum Medizinalrat und der Werkmeister zum Obermeister.** Ueberhaupt wurde zur Demütigung der Gefangenen jede Gelegenheit wahrgenommen. So mußten sie sich bei der Einlieferung entkleiden und aufs peinlichste untersuchen lassen. Eine noch genauere Untersuchung wurde in einem Fall an der Frau eines Verurteilten in Eichstädt vorgenommen. Unter Tränen berichtete sie darüber ihrem Mann. Es ist zu begreifen, wenn die Gefangenen bei den ständigen Schikanierungen in Erregung geraten. Die bayerische Regierung erklärte dann aber, die Niederschönenfelder Gefangenen begingen fortgesetzt Disziplinarverfehlungen. Einen Untersuchungsausschuß wollte sie auf keinen Fall zulassen. **Als der Reichstag einen Ausschuß einsetzte, erhielt der Festungsvorstand den Befehl, auch Reichstagsmitgliedern den Zutritt in die Festung nicht zu gewähren.** Nervenzerrüttend wirken die beständigen Gerüchte über die bevorstehende Amnestie. Der letzte Ausspruch Kahls im Reichstag, man müsse die Räteverfehlungen als verjährt betrachten, hat bei den Gefangenen die Ueberzeugung hervorgerufen, daß sie jetzt amnestiert werden würden. Als sie sich von Toller verabschiedeten, äußerten sie alle die Hoffnung, daß sie ihm in Freiheit bald wiedersehen würden. Wenn sie nun jetzt die Nachricht erhalten, daß **auf der Amnestie auch diesmal nichts geworden ist,** so wird das einen völligen Nervenzusammenbruch zur Folge haben. Daß aber diesen wenigen vom Jahre 1919 übriggebliebenen Gefangenen nicht die Freiheit geschenkt wird, ist ein unerhörtes Unrecht.

Die Entlassung Tollers weist auch charakteristische Momente auf. Als er sich an den Gefängnisvorstand mit der Bitte wandte, seine 14 Mitgefangenen mit 7 Pfund Rindfleisch und Makkaroni zu bewirten, wurde er mit der Begründung abgewiesen, Abschiedsfeiern gäbe es nicht. **Die Bestellung überschreite die Grenzen der Mäßigkeit und sei mit dem Ernst des Strafvollzugs nicht vereinbar.** (!) Toller selbst, obgleich er vier Jahre bayerischer Landtagsabgeordneter gewesen ist, wurde **als nichtbayerischer Staatsangehöriger des Landes verwiesen.** In der Begründung heißt es, er habe nach Feststellung seine Gesinnung nicht geändert und bedeute **nach wie vor eine Gefahr für die Sicherheit des Landes;** deshalb sei seine Ausweisung erforderlich. Unter Begleitung von zwei Kriminalbeamten wurde er auf vorgeschriebenem Wege unter Vermeidung der Industriezentren über die Grenze abgeschoben. Als er die Absicht äußerte, einen kürzeren Weg zu wählen, wurde ihm erklärt, daß er gegebenenfalls mit Gewalt daran verhindert werde. Toller begibt sich jetzt zu seiner Mutter. Dann beabsichtigt er, in Leipzig der Kulturwoche beizuwohnen, wo er an der Aufführung der „Wandlung" und eines großen, von ihm verfaßten Festspiels mitwirken wird. Später will er sich nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin zurückziehen, um das Material über seine Leidensgefährten zu verarbeiten und ein neues Stück zu schreiben.

„Le Compagnon"

(Der Gefährte.)

Von Victor Margueritte.

Autorisierte Uebersetzung von Hans Abler.

Zwei Wochen später war sie die Geliebte Rogers. Der Unbekannte von gestern verkörperte ihr plötzlich und ohne daß sie sich darüber wunderte, alles, was ihr seither gefehlt hatte: Vergangenheit und Familie. Paula lernte die Sinnenfreude kennen und im selben stürmischen Hervorbrechen die Liebe. Damit war sie der Leben niedergegeben ... Von nun an war Roger ihr tägliches Gebet, der Himmel aller ihrer Hoffnungen. Jetzt war es möglich, alles zu ertragen, bis zur erstickenden Gegenwart, zur herumschnüffelnden Thyrennei, die bei ihr zu Hause herrschte.

In hilfloser Trauer hatte Annika ihre Schwester leiden gesehen. Sie erparte ihr alle zwecklosen und kränkenden Vorwürfe: „Du hast es ja selbst gewollt" und „Ich habe es dir ja vorher gesagt." Aber da Paula sich nunmehr übergezeugt hatte, daß eine nur auf Berechnung beruhende Ehe mit gewissen Personen die schwerste Strafe werden könne, meinte sie, daß die Aermste an dem Experiment genug haben könne. Sie möge nicht länger zögern, sich wieder frei zu machen! ... Die Scheidung!

Paula hatte zuerst Bedenken. Die Freiheit, gewiß ... Aber damit auch die Notwendigkeit, sich sein Brot zu verdienen ... Neues Dilemma ... Das Leben, das für sie bisher so hart gewesen war, hatte jede Spannkraft in ihr erstickt. Nicht besser und nicht schlechter als so viele andere ihrer Schwestern aus dem Milieu der Bourgeoisie, fühlte sie sich schwach und wie gelähmt angesichts der Notwendigkeit den Weg ins Unbekannte allein wieder aufnehmen zu müssen.

Als sie dann liebte und geliebt wurde, entdeckte sie frische Kräfte in sich. Sie war bereit, sich leichten Mutes auf den Weg zu machen, denn sie fühlte sich sicher, daß Roger sie nicht verlassen würde. Annika, der sie ihre Leidenschaft gestanden hatte, drängte zu einer Entscheidung. In ihrem Abscheu vor der Lüge wollte sie nicht zulassen, daß Paula länger schweige.

„Verstehst du denn nicht," wiederholte sie immer wieder, „daß der Betrug nicht darin liegt, mit einem anderen ein Verhältnis zu haben, sondern in der Gemeinheit, es nicht zu sagen! Du mußt, hörst du, du mußt deinem Mann jetzt die Wahrheit ins Gesicht schreien."

„Ja", sagte Paula. „Bei der ersten Gelegenheit ..."

Die zwei Schwestern dachten einen ganzen Befreiungsplan aus, zogen alle Möglichkeiten in Erwägung. Annika kam immer wieder zu derselben Folgerung:

„Damit deine Scheidung schnell durchgeführt, ja überhaupt möglich wird, mußt du dich mit Martinet auseinandersetzen."

Ein unerwartetes Ereignis befestigte Annikas Ueberzeugung noch mehr, und erfüllte gleichzeitig Paula mit neuen Bedenken. Anfangs Februar konnte sie sich nicht mehr verbergen, daß sie in der Hoffnung war.

„Ist kein Irrtum möglich?" fragte Annika.

„Ich war beim Arzt ... Im dritten Monat."

„Was sagt Roger dazu?"

„Er ist närrisch vor Freude ..."

„Weil er ebensowenig denkt, wie du. In eurer Situation kompliziert ein Kind den Fall noch mehr. Trotzdem gibt es jetzt kein Zurückweichen mehr. Dein Mann muß sofort verständigt werden ... Und da das Kind nicht von ihm ist, wird er mit Recht nicht zögern, euch die Sorge dafür zu überlassen ..."

„Ja aber ..."

„Ist das nicht auch die Ansicht Rogers?"

„Doch, er bestürmt mich, mich zu entscheiden."

„Na also?"

„Weißt du ... Hör mich an, Annika! Wie lange wird die Durchführung der Scheidung, wenn sie einverständlich erfolgt, mindestens dauern?"

„Drei, vier Monate."

„Vielleicht ein Jahr?"

„Das hängt vom Entgegenkommen deines Herrn und Gebieters ab."

„Und wird das Kind nicht auch, wenn ich mich scheiden lasse, nach dem Gesetze meinen gegenwärtigen Namen, den Namen Martinet führen?"

„Ja, außer wenn dein Mann im Prozeßwege die Vaterschaft bestreitet."

„Ah ..."

Ein Zweifel quälte sie so sichtlich, daß Annika drängte:

„An was denkst du? Sprich dich aus!"

Endlich erklärte Paula:

„Es ist nämlich ... weil Roger für einige Monate nach Japan reisen muß ..."

„Du wirst geschieden sein und kannst ihn begleiten."

„Unmöglich. Zu zweit wäre die Reise zu kompliziert, zu kostspielig ... Ich leide unsagbar darunter, daß ich ihn nicht begleiten kann ... Was ich fürchte? Ich kann mich nicht recht ausdrücken ... Nicht daß er mich vergessen könnte, nein! seiner bin ich sicher ... Ich fürchte etwas Schlimmeres ... ein Unglück ..."

Sie ergriff Annikas Hände und preßte sie wie im Fieber.

„Vielleicht die Gefahren des Meeres? ... Ich habe solche Angst ... Wenn er nicht mehr zurückkäme ..."

Eine furchtbare Vision ließ ihre Pupillen weit erstarren: ein sinkendes Schiff ... die Hilfsrufe Ertrinkender ...

„Du bist verrückt," versuchte Annika zu scherzen.

„Nein, es ist wie eine Vorahnung ... Und da frage ich mich, ob es nicht besser wäre, noch Geduld zu haben, zu warten ..."

„Bald wirst du deinen Zustand nicht mehr verbergen können, in wenigen Wochen wird Martinet sehen ..."

Paula errötete:

„Nicht deshalb bin ich besorgt."

„Wie?"

Sie wandte den Kopf ab. Annika verstand.

„Du hast dich in dieser Richtung gesichert? Durch ihn?"

„Ja!"

„Oh, Paula ..."

Annika betrachtete sie voll Abscheu: jetzt weinte sie beschämt ... Sie ließ sich vollkommen treiben, hatte weder Mut noch Willen mehr ...

„Das hast du getan?"

„Man verteidigt sich so gut man kann."

Ihr Schluchzen verdoppelte sich, aber Annika fühlte nicht die Kraft in sich, sie zu trösten. So war also ihre Schwester, dieses arme Geschöpf, einen Moment vom Egoismus der Leidenschaft hingerissen, gleich wieder in die Schmach der Knechtschaft zurückgefallen. Ein Ungeheuer an Niedrigkeit und Falschheit? Eigentlich nicht. Eine arme Unterdrückte, die in ihrer Schwäche jede Waffe, die ihr zur Verteidigung gut schien, ergriff ... Annika beklagte sie. Wenn man es recht bedachte, trug Paula nicht mehr Verantwortung als eine Rosa ... Die Ungebildete wurde zur Mörderin, die Zivilisierte betrog ... Verbrechen oder Sünde? Im Grunde genommen, war beides dieselbe Reaktion.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240721 1-19/fragment/page=0002

„Justizverfahren."

Breslau, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im vorigen Jahre veröffentlichte die „Breslauer Volkswacht" mehrere Angriffe gegen den Reichswehrminister wegen der Beziehungen zwischen schlesischen Reichswehrstellen und privaten, vaterländischen Organisationen, die vom Reichswehrministerium oberschlesischen abgeleugnet wurden. Vergebens verlangte unser Parteiblatt damals wiederholt, der Reichswehrminister möge Beleidigungsklage erheben, damit die Behauptungen vor Gericht bewiesen werden könnten. Das Reichswehrministerium schwieg sich aus. Jetzt, nach über einem Jahre, wird endlich ein Strafverfahren gegen die „Volkswacht" eröffnet, nachdem in der Zwischenzeit die Möglichkeiten eines Wahrheitsbeweises für die vorjährigen Vorgänge natürlich geringer geworden sind. Aber auch jetzt noch scheint man diesen Wahrheitsbeweis zu fürchten, denn es ist nur ein einziger Satz aus einem Artikel unseres Parteiblattes unter Anklage gestellt worden, der eine formale Beleidigung Geßlers enthalten hat. Es besteht somit die Gefahr, daß ein Wahrheitsbeweis von dem Gericht überhaupt nicht zugelassen wird.

•

Nach unserer Auffassung und nach den Erfahrungen der letzten Jahre besteht nicht nur die Gefahr, sondern die größte Wahrscheinlichkeit, daß der Wahrheitsbeweis abgelehnt werden wird. Bekanntlich unterstellte das Landgericht in Frankfurt (Oder) es seinerzeit sogar als wahr, daß der Kronprinz in der Etappe ein „Saus- und Hurenleben" geführt habe, nur um dem noch weitergezogenen Wahrheitsbeweis zu entgehen und den verantwortlichen Lokalredakteur des dortigen Parteiblattes wegen Beleidigung im Einzelfalle verurteilen zu können.

Unsere Justiz weiß, was sie will. . . .

Das badische Arbeitsministerium.

Karlsruhe, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Dem Badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem das badische Arbeitsministerium ab 1. Oktober 1924 aufgehoben und seine Geschäftsangelegenheiten dem Minister des Innern, dem Genossen Remmele, überwiesen werden. Der bisherige Arbeitsminister Genosse Dr. Engler wird zum Präsidenten des Gewerbeaufsichtsamtes ernannt und ihm die Leitung und Verwaltung des gesamten Arbeiterschutzes, der Tarifverträge, des Schlichtungswesens, der Wohlfahrtspflege sowie die Versicherungsgesetzgebung und die Durchführung des Versicherungsordnungswesens übertragen. Dadurch erhält das Gewerbeaufsichtsamt die Bedeutung, welche die badische Fabrikinspektion vor dem Kriege gehabt hatte. Nur die Wasser- und Straßenbaudirektion ist dem Finanzministerium übertragen worden. Alles übrige bleibt beim Gewerbeaufsichtsamt.

Die rechtsstehenden Parteien haben seit Monaten eine förmliche Hetze gegen das Arbeitsministerium entfaltet und seine sofortige Aufhebung im Landtag beantragt. Nun haben ihnen die Koalitionsparteien durch die vorstehend angegebene Regelung den Wind aus den Segeln genommen. Es besteht kein Zweifel, daß der Gesetzentwurf angenommen wird.

Von der Arbeit der Reichsregierung.

Berlin, 21. Juli. (Radiodienst.)

Die Reichsregierung beabsichtigt noch im Verlaufe dieser Woche die neue Wahlrechtsvorlage nach der Ausarbeitung des Reichsministeriums des Innern im Reichstag zur Debatte zu stellen. Die endgültige Entscheidung darüber fällt der Aeltestenrat des Reichstages. **Nach Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage wird voraussichtlich die Beratung der Gesetze, die zur Ausführung des Sachverständigengutachtens nötig sind, folgen.** Inzwischen ist das Reichsjustizministerium vom Reichskanzler beauftragt worden, ein Gutachten darüber auszuarbeiten, ob das Eisenbahngesetz nicht bei Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß. In Regierungskreisen geht die Auffassung dahin, daß man sämtliche drei Gesetze nach der Einzelberatung in einem Rahmengesetz zusammenfassen und mit Zweidrittelmehrheit verabschieden soll. Gegen diese Auffassung werden jedoch Bedenken politischer Art geltend gemacht, so daß anzunehmen ist, daß die Verabschiedung des Eisenbahngesetzes mit Zweidrittelmehrheit geschehen dürfte, während zur Erledigung des in Aussicht genommenen Rahmengesetzes eine einfache Mehrheit genügen würde.

Neuer Sturm gegen die bayerische Verfassung.

München, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Trotzdem sich die Mehrheit des bayerischen Volkes im Frühjahr dieses Jahres gegen die Aenderung der republikanischen Verfassung ausgesprochen hatte, indem es den Volksentscheid der Bayerischen Volkspartei ablehnte, versucht dieselbe Partei nunmehr im neuen Landtag eine Verfassungsänderung zu erreichen. Zu diesem Zweck muß sie zuerst eine Aenderung des § 92 der Verfassungsurkunde durchsetzen, der in [illegible] Weise wie der entsprechende Artikel der Reichsverfassung für verfassungsänderende Gesetze eine qualifizierte Mehrheit des Parlaments verlangt. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Aenderung dieses § 92 wurde am Sonnabend im Verfassungsausschuß des Landtages beraten. Aber entgegen den Erwartungen der reaktionären Koalitionsmehrheit **ließen sich die Völkischen nicht einfangen und stimmten gegen den Antrag.** Dieser wurde dennoch im Ausschuß mit einfacher Mehrheit angenommen. Im Plenum wird er fallen, da zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.

Kohlensäure gegen Tuberkulose.

Der Vorsteher des Untersuchungslaboratoriums am Jüdischen National-Hospital in Denver, Dr. Corper, legte kürzlich der American Medical Association eine neue Tuberkulosetheorie der Corper stützt seine Theorie auf dreijährige Untersuchungen an Tausenden von Tieren, nachdem er mit seinen beiden Assistenten entdeckt hatte, daß 3 Prozent Kohlensäure in einem Organ das Wachstum von Tuberkelbazillen verhindern und daß 15 Prozent sie töten. Diese Entdeckung sieht Corper als Erklärung dafür an, daß die Tuberkulose hauptsächlich die Lungen befällt, gegenüber der relativen Immunität anderer Organe, weil ja in den Lungen der Austausch von Kohlensäure und Sauerstoff vor sich geht. Die Leber, die mit venösem Blut ernährt wird und daher den höchsten Kohlensäuregehalt von allen Organen hat, wird weniger häufig infiziert als andere Organe, in denen die Sauerstoffzufuhr stärker ist. Für die Behandlung schlägt Corper vor, mit Hilfe des Blutes Kohle im Körper zu deponieren, und zwar in so kleinen Teilchen, daß sie nicht die Haargefäße verstopfen kann, so daß ein Teil der Kohle in die Lungen gelangt und dort liegen bleibt. Er hat Versuche angestellt, in welchem Maße Kohle, die in die Venen eingespritzt wird, an die verschiedenen Organe gelangt, und er hat gefunden, daß die Lungen die kleinste Menge erhalten. Bei Versuchen mit Ratten hat der Forscher gefunden, daß eine lange Zeit hindurch intravenös eingespritzte Aufschlemmung von Kohle hauptsächlich in Leber und Milz deponiert wird, am wenigsten in den Lungen, hier aber doch in genügendem Grad, um einen hindernden Einfluß auf das Fortschreiten der Lungentuberkulose auszuüben.

Herriots Tabakspfeife. Mit dem Ministerwechsel in Frankreich hat sich gleichzeitig am Quai d'Orsay, dem Sitz des Ministeriums des Auswärtigen in Paris, eine grundsätzliche Wandlung vollzogen. Poincaré ist leidenschaftlicher Nichtraucher und sein Kabinettschef hielt in seinem Vorzimmer treulich Wacht, daß niemand rauchend in das Allerheiligste des Ministerpräsidenten eindränge. Heute sind die Türen des Arbeitszimmers seines Nachfolgers weit geöffnet, und Herriot raucht wie ein Schornstein, ja, was das Schlimmste ist, er raucht ausschließlich Pfeife. So etwas hat man in diesen feierlichen Repräsentationsräumen, in denen das Oberhaupt der französischen Diplomatie die Botschafter der fremden Mächte inmitten der kostbarsten Möbel im Stil Ludwigs XIII. und der nicht minder kostbaren Gobelins empfängt, noch nicht gesehen. In diesem prunkhaften, von der Tradition geheiligten und so gar nicht demokratisch anmutenden Milieu, raucht Herriot seine Pfeife so behaglich, als wenn er am Stammtisch einer Kneipe säße. Die Diener stehen dem Entsetzlichen fassungslos gegenüber. Wenn sie früher vom Ministerpräsidenten die strenge Weisung erhielten: „Ich bin für niemand zu sprechen", so beschränkt sich ihr neuer Chef auf die wohlwollende Mahnung: „Sehen Sie, bitte, darauf, daß meine Pfeifen in Ordnung gehalten werden." Das ist alles, was er ihnen zu sagen hat.

Streit um die neue Puccini-Premiere. Nach der Meldung eines römischen Blattes, die in die gesamte Presse übergegangen ist, sollte die neue Oper Puccinis „Turandot", deren Partitur ihrer Vollendung entgegengeht, ihre Uraufführung nicht in der Mailänder Scala, sondern in der Metropolitan-Oper in Newyork erleben, weil der Komponist seit dem Mißerfolg seiner „Butterfly" in Mailand einen Groll gegen die Scala hegt. Puccini hat zwar die Meldung dementiert, aber er tat es in so zweideutigen, unverbindlichen Worten, daß man gleichwohl an der Wahrheit der Meldung nicht zweifelt. Eingeweihte wollen wissen, daß die Oper in Italien nicht zur Erstaufführung kommt, weil Puccini wegen der Aufführung von Boitos „Nero" in Mailand sich mit Toscanini verfeindet habe, der einen langen Kontrakt mit der Scala abgeschlossen hat. Das sei für Puccini nur ein Grund mehr, seine neue Oper nicht der Scala zur Uraufführung zu übergeben.

„Die schwebende Jungfrau" im Thalia-Theater. Die Sommerferien des Stadttheaters haben Willi Schur veranlaßt, im Thalia-Theater mit einem Ensemble „Die schwebende Jungfrau" zu produzieren. Der breiteste Schwank von Franz Arnold und Ernst Bach, der, wenn wir uns recht erinnern, 1919 das Licht der Welt erblickte, gibt Schur in der Rolle des Hugo Massenbach ausreichende Gelegenheit, seine Fähigkeiten als komischer Alter zu zeigen. Der Beifall des Hauses galt darum auch in erster Linie ihm. Wir wollen hoffen, daß ihm seine Absicht gelingt, die er seinem Programm in einem gedruckten Prolog voranschickt, der mit folgenden Versen schließt: „Denn nur, wer das Lachen so recht versteht, — versteht die Kunst zu leben, — der weiß, daß die Erde vor Lachen sich dreht, — es kann doch nichts Schöneres geben."

Wohlfahrtstagung in Hannover.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt beruft zum 12. September 1924, vormittags 9 Uhr, und folgende Tage eine

Reichskonferenz

des Hauptausschusses, der Bezirks-, Kreis- und Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt ein. Tagungsort ist Hannover.

Tagesordnung:

1. Organisation: Marie Juchacz (Berlin).
2. Praktische Arbeit: Johanna Heymann (Berlin).
3. Die Arbeit im besetzten Gebiete: Landesrat Hans Wingender (Düsseldorf).
4. Die Schulung für die Wohlfahrtsarbeit: Regierungsrätin Hedwig Wachenheim (Berlin).

Im Anschluß daran findet am 13. und 14. September eine große öffentliche Tagung statt.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Hauptreferat.

„Die Verordnung über die Fürsorgepflicht." Referentin: Frau Ministerialrat Dorothea Hirschfeld (Berlin).

2. Hauptreferat.

a) **„Die Organisation und Finanzierung der öffentlichen Fürsorge"** auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht (mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Sachsen und Thüringen). Referent: Landeshauptmann Dr. Caspari (Obrawalde).

b) **„Die Organisation in den übrigen Ländern."** Referent: Arbeitsminister Dr. Engler (Karlsruhe).

Ergänzungsvorträge.

I. **„Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner."** Referent: Landesrat Gerlach (Düsseldorf).

II. **„Die Fürsorge für Erwerbsbeschränkte."** Referent: Ministerialrat Dr. Hans Meier (Dresden).

III. **„Die Wochenfürsorge."** Refer.: Luise Schröder (Altona).

IV. **„Die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige."** Referent: Landeshauptmann Dr. Caspari (Obrawalde).

3. Hauptreferat.

„Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und seine praktische Durchführung in den Ländern." Referent: Stadtrat Binder (Bielefeld).

4. Hauptreferat.

„Die Zusammenarbeit der öffentlichen Fürsorge mit der privaten Fürsorge und den Trägern der Sozialversicherung." Referent: Stadtrat Dr. Heimerich (Nürnberg).

Am 15. September: Besichtigungen von Wohlfahrtseinrichtungen in Hannover.

Ortsausschüsse, die delegieren wollen, müssen sich mit der Bezirksleitung für Arbeiterwohlfahrt in Verbindung setzen und ihre Wünsche dort anmelden. Die Anmeldung der Delegation erfolgt durch die Bezirksleitungen beim Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bis zum 8. August.

Außer den ordentlichen Delegationen der „Unterorganisationen für Arbeiterwohlfahrt" sind **Gastdelegierte** mit beratender Stimme zur Teilnahme berechtigt. **Auch diese Delegationen sind durch die Bezirksleitung anzumelden.** Parteigenossen, die als Parlamentarier im Reichs- und in den Landesparlamenten und als Kommunalpolitiker tätig sind, ebenso Landräte, Kommunal- und Regierungsbeamte und Angehörige befreundeter Organisationen, soweit sie an der Wohlfahrtsarbeit interessiert sind.

Vertreter von Behörden und Wohlfahrtsorganisationen werden durch den Hauptausschuß eingeladen. Wenn von den Bezirken die Einladung einer bestimmten Behörde oder einer wichtigen Organisation gewünscht wird, ist das dem Hauptausschuß (nebst richtiger Adresse) zu melden.

Anmeldungen wegen Quartierbeschaffung sind an Herrn K. Rakoff, Hannover, Nicolaistraße 7, zu richten, wobei nähere Angaben über die Art der Wohnung (Hotel, Privatlogis) zu machen sind.

Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Demokratischer Beamtengesetzentwurf.

Berlin, 18. Juli. (Privattelegramm.)

Von der demokratischen Reichstagsfraktion ist dem Reichstag der Entwurf eines deutschen Beamtengesetzes vorgelegt worden, das die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten regelt und die Grundsätze für das Recht der Beamten der Länder usw. aufstellen soll. Aus den allgemeinen Bestimmungen ist besonders zu erwähnen: Die Zulassung zum Beamtenverhältnis, das ein Hoheits- und Schutzverhältnis ist, darf nicht abhängig gemacht werden von Abstammung, Glaubensbekenntnis, politischer Gesinnung, Zugehörigkeit zu einer Partei, zu politischen oder beruflichen Vereinigungen. Zu den Dienstrechtsansprüchen gehören Ruhestandseinkommen, Reise- und Umzugskosten, Einsicht in die Personalakten, Sterbe-, Witwen- und Waisengeld usw. Das Diensteinkommen ist vierteljährlich im voraus zu zahlen.

Mac Donald und die Rüstungseinschränkung.

Genf, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlichte am Sonnabend die Antwort Ramsay Mac Donalds auf den Vorschlag eines internationalen Garantiepaktes. Die englische Regierung hält die Einschränkung der Rüstungen für die erste Voraussetzung, um zur Befriedung der Welt zu gelangen. Sie wird deshalb zu gegebener Zeit die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz vorschlagen, an der auch die im Völkerbund nicht vertretenen Nationen teilnehmen sollen. Die englische Regierung wird jede Bewegung tatkräftig unterstützen, die zu einer sofortigen und fühlbaren Rüstungseinschränkung führt.

„Frankreich und Deutschland."

Berlin, 21. Juli. (Radiodienst.)

Am 4. August findet in Berlin eine große Kundgebung „Frankreich und Deutschland" statt. Auf Einladung der deutschen Liga für Menschenrechte spricht, wie die „Welt am Montag" meldet, als Vertreter der französischen Liga für Menschenrechte der bekannte sozialistische Abgeordnete Marius Moutet, ein Freund Herriots und Vertreter von Lyon, neben einer Reihe von Vertretern deutscher Linksparteien. An die Berliner Versammlung werden sich ähnliche Veranstaltungen mit Moutet in Hamburg und wahrscheinlich auch in Frankfurt (Main) anschließen.

Die 4000 französischen Eisenbahner.

London, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Die Beratungen der zweiten Kommission und der von ihr eingesetzten Unterkommission führten am Sonntag zu keinem Ergebnis. Infolgedessen ist die auf 3 Uhr angesetzte Vollversammlung auf 5 Uhr verschoben worden. Aus der Tatsache, daß die Vollsitzung nicht überhaupt auf Dienstag vertagt wurde, ist zu entnehmen, daß eine Einigung innerhalb der zweiten Kommission nach im Laufe des Montag-Vormittags erwartet wird. — Heute, Montag, vormittag empfängt Mac Donald die Hauptdelegierten im Foreign Office. Es ist anzunehmen, daß die im Verlaufe dieses Empfanges beabsichtigten Besprechungen zu einer Einigung führen. **Den Hauptpunkt bildet das Verlangen, der Franzosen, aus strategischen Gründen 4000 Eisenbahner im Ruhrgebiet zu belassen.**

Aus aller Welt.

Aufdeckung eines Riesenbetruges. Unter dem dringenden Verdacht des Konkursverbrechens und des fortgesetzten Betruges wird ein 34 Jahre alter aus Frankfurt a. O. gebürtiger Kaufmann Heinrich David von der Kriminalpolizei gesucht. David, der in einer Pension am Berliner Kurfürstendamm wohnte, war Geschäftsführer der „Moder Im- und Export G. m. b. H. Berlin". Er kaufte Waren gegen Wechsel, verkaufte sie sofort wieder, obwohl die Verkäufer sich bis zur Einlösung des Wechsels das Eigentumsrecht vorbehalten hatten, und verbrauchte den Erlös für sich. Es liegen ungedeckte Wechsel in Höhe von mehr als 100 000 Goldmark vor. Irgendwelche Warenvorräte sind nicht vorhanden. David ist seit drei Wochen flüchtig. Er durchreist Deutschland in einem erschwindelten Kraftwagen. In der letzten Zeit ist der Flüchtige in Weimar, Frankfurt a. M. und München gewesen, in den letzten Tagen in Bad Reichenhall. Die Schwindeleien waren so umfangreich, daß jetzt aus allen Teilen Deutschlands Anzeigen gegen David einlaufen.

Der amerikanische Konsul in Teheran ermordet. Aus Teheran kommt die aufsehenerregende Meldung, daß der amerikanische Konsul in Teheran ermordet worden ist. Der Konsul wurde von der fanatischen Menge angegriffen, als er in Begleitung eines eingeborenen Konsularbeamten einen Brunnen photographieren wollte. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei. Ein Polizeioffizier und sechs Polizeibeamte wurden verwundet.

Zuchthausstrafen. Vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde der schon einmal wegen Anwerbung Deutscher zur Fremdenlegion bestrafte Kaufmann Johannes Wensky aus Stuttgart wegen erneuter versuchter Anwerbung sowie Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse zu 6½ Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ebenfalls wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse erhielten der 23 Jahre alte Bankbeamte Eugen Jardot von Rauenberg, der 24 Jahre alte Schneidergeselle Joseph Polkmann aus Karlsruhe, der 25 Jahre alte Hermann Eisenbraun von Winterbach, Oberfunker beim Stab der Nachrichtenabteilung in Cannstatt, sowie der 21 Jahre alte Paul Walker von Schleitdorf, Oberfahrer bei derselben Abteilung, längere Zuchthausstrafen.

Der Massenmörder und die Polizei. Wie der „Montag-Morgen" aus Hannover meldet, teilt das dortige Polizeipräsidium mit, daß ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Beamte des Polizeipräsidiums anläßlich der Affäre Haarmann bisher nicht eingeleitet sei. Das auf Veranlassung des preußischen Ministers des Innern Severing von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchungsverfahren habe den Verdacht strafbarer Handlungen von Polizeibeamten nicht ergeben. Die Beamten, die seinerzeit einer Anzeige gegen Haarmann nicht energisch genug nachgaben, sind vorläufig von der Ausübung des Dienstes entbunden worden.

Falschmünzerbanden. In der letzten Zeit wurden durch die Falschgeldabteilung der Reichsbank fünf Falschmünzerbanden mit über 60 Mitgliedern verhaftet. Ein Teil der Fälscher werfte Dollarnoten auf, ein anderer stellte falsche englische Pfundnoten her.

Auf der Radrennfahrt Zürich-Berlin siegte in der Berufsfahrerklasse Richard Huschke (Berlin) und unter den Amateuren Peter Roeser (Köln).

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: J. V. A. Wielepp; für Provinzielles: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hersig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Halleſche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407211-19/fragment/page=0003

The Hottentot

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Versammlungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Freier Sängerchor Halle. Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im „Schreberschlößchen" am Galgenberg: Wichtige Sitzung des Vorstandes mit den Vertrauensmännern. Alle Sangesbrüder evtl. mit Frauen wollen anwesend sein. 8868

SAJ. Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Turnhalle Brunnenschule, Giebichensteinstr.: Uebungsstunde der Jugend.

— Montag, den 21. Juli, im Jugendheim: Kassierer-Zusammenkunft. Anfang 7 Uhr. Bis dahin müssen alle Unterkassierer abrechnen.

Frauenausschuß. Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Besprechung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig.

Deutscher Verkehrsbund. Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im „Bilsport": Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht vom 3. Quartal. 2. Berichte über die Lohnverhandlungen vor den Schlichtungsstellen und Vortrag über die Arbeitgebersabotage gegen das Betriebsrätegesetz.

Aus dem Bezirk.

Holzweißig. Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung der SPD. Vortrag des Genossen Lebbin (Gutsrieth) über „Politische Tagesfragen". Gäste und Volksblattleser willkommen.

Gruitz. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Gasthof Ermlitz statt. Genosse Kämpf (Merseburg) spricht über das Schwerhändigenzuschicken. Nach der Versammlung Zusammenkunft der Parteimitglieder und Wahl der Ortsvereinsleitung. Ein recht zahlreicher Besuch wird erwartet.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. **Jugendgruppe.** Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in der Brunnenschule: Uebungen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

— **Sektion II** (Norden). Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schmelzers Höhe" Giebichenstein: Alle Radfahrer des Bezirks.

— **Bezirk V** (Süden). Montag, den 21. Juli, abds. 8 Uhr, im „Schultheiß" (Merseburger Str.): Versammlung aller Aktiven und Inaktiven. U. a. Bestellung der Sommerjunge. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Zugführer und Gruppenführer um 7 Uhr.

Ortsgruppe Delitzsch. Montag abend 8 Uhr, im „Ring" Jugendversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Merseburg. Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Goldene Kugel": Mitgliederversammlung. Monatsbeiträge können dort gezahlt und die Mitgliedskarten von den neueingetretenen Kameraden entgegengenommen werden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kameraden. 8852

Ortsgruppe Eisleben. Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im kleinen Saale der „Terrasse": Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Neu! Neu!

Max Beer

Allgemeine Geschichte des Sozialismus

Jedes Bändchen des kompletts vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Beers wirklich hervorragende Arbeit, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsschreibung in eine Reihe gestellt werden. Diese in schönen roten Kappband gebundene Ausgabe kostet 8 Mark.

Volksblatt-Buchhandlung
Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Frauen erwacht!

Fort mit allen Schwindelmitteln, lassen Sie sich nicht irreführen durch wielversprechende und prahlerische Angebote. Kaufen Sie keine nutzlosen, teuren **Schwindelmittel!** sondern machen Sie einen Versuch mit meinen anerkannten, auch in hoffnungslosen Fällen wirksamen

Spezialmittel.

Wenn Ihnen die monatliche **Regel** stockt oder ganz ausbleibt, ohne Sorge. Ich helfe und schütze ihre **Rettung** u. neuen Gesundheit. Lebensmut bringen einzig und allein nur meine geprüften Präparate, überraschende Wirkung laut 1000 den Dankschreiben **1. Stunde.** Haschon in der **1. Stunde.** ben Sie Vertrauen zu mir und wenden Sie sich an eine erfahrene Frau, dann wird auch Ihnen geholfen und Sie werden mir ewig dankbar sein.

Garantiert unschädlich! Ohne Berufsstörung.

Diskreter Versand per Nachnahme.

Frau Ida Röber
frühere Bezirkshebamme,
Hamburg D 844, Peterstr. 68.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Jeden Posten

Alteisen :: Lumpen :: Papier

kauft

Ph. Schwabach

Telephon 6237 Raffineriestr. 14

8874

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Tut Eure Pflicht!

Werbt neue Abonnenten!
Kauft nur bei Inserenten!

Damenmoden

Franz Reich

Fernruf 6243 Halle Große Steinstraße 16

Die letzten

Sommer-Kleider
Mäntel
Kostüme und
Blusen

werden zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** verkauft.

Walhalla-Operetten-Theater

Nur noch heute und morgen abends 8 Uhr:

Der Welt-Operettenschlager:

Schäm dich - Lotte!

Operette in 3 Akten von Okonkowsky
Musik von Walter Bromme.

12 große Gesangs- und Tanzschlager!

Neue Bühnen - Ausstattungen!

Tageskasse 11—1 Uhr und ab 1/2 7 Uhr abends 8871

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27

Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr:

11. Sommer-Konzert

v. **Wittekind-Orchester**
Leitung: **Benno Plätz.**

Solisten-Abend

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren. 8788 Harz 5.

Dienstag
frische
Seefische

Fischmarinaden
größte Auswahl
Senfheringe
Bratheringe
Rollmops
Anchovis
Sardinen usw.
Delfardinen
1-Pfd.-Dose 1,25
ferner 50, 55, 68, 90, 1,10. 8873

Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr. 33. Tel. 6658.

Wir empfehlen uns in allen Wäsche-Fächern: Waschhaus Magdeburg!

Kl. Berlin 2, 1 Tr. Geiststr. 17, Laden

Schürzen

Satin und Leinen, weitgeschnitten, beste Stoffe, preiswert.

Achtung! Kluge Hausfrauen!

Sie verdienen viel Geld, wenn Sie Ihre Lumpen selbst an den Engros-Händler verkaufen. — Zahle für Lumpen uns. w. Wolle 10 bis 12 Pfg. pro Kilo. Papier, Eisen, Metalle gegen Tagespreis. Holt auch ab.

Paul Günther, Graseweg 8

Dienstmädchen

vermittelt ständig der öffentliche Arbeitsnachweis des Zweckverbandes Leuna in Leunawerke, Spergauerstr. 2, Teleph. Ammoniakwerk Merseburg, Nebenstelle 178

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Sonntag, dem 3. August, verkehrt ein **Verwaltungssonderzug** 4. Klasse mit 1/3 Fahrpreisermäßigung von Halle nach der Sächsischen Schweiz wie folgt:

vorm. 3^28	ab Halle	an 11^48	nachm.
„ 7^55	an Pirna	ab 7^16	„
„ 8^10	„ Pötzscha-Wehlen	„ 7^03	„
„ 8^19	„ Rathen	„ 6^55	„
„ 8^31	„ Königstein	„ 6^44	„
„ 8^41	„ Bad Schandau	„ 6^35	„

Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt von Halle nach Pirna oder Pötzscha-Wehlen oder Rathen 7,50 Mk. und von Halle nach Königstein oder Bad Schandau 8,00 Mk. Fahrkartenverkauf vom 26. Juli an bei der Fahrkartenausgabe Halle.

Halle (Saale), den 18. Juli 1924.

Reichsbahndirektion.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

The Hottentot

UT **Leipziger Str. 88** UFA
Fernruf 1224.

Der Sascha-Großfilm

Mitgiftjäger!

nach dem Roman Sergius Panin von G. Ohnet
Großer Sittenfilm in 5 Akten.

Leo Peukert 8872
in dem Lustspiel in 2 Akten
Professor Rehbein wird energisch
Im südlichen Norwegen
Naturaufnahme.

Beginn 4 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Alle Arten Schulbücher
empfiehlt
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inseriere!

Werbt neue Leser

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Friseure, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Salinen-Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinaldrogist. b) Offene Stellen: Provisionsreisende, Agenten, Vertreter. **Landwirtschaftliche Abteilung:** a) Arbeitsuchende: Flurhüter, Tagelöhner, Schweizer, Schäfer (verh.), Gutszimmerleute; b) Offene Stellen: Geschirrführer (led.), Schweizer (led.), Erntearbeiterinnen bei freier Verpflegung und Tariflohn, Frauen und Mädchen zur Feldarbeit. **Weibliche Abteilung:** a) Arbeitsuchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Plätterinnen. b) Offene Stellen: Dienstmädchen (ältere, gediente), Hausmädchen für Gut, Mamsell für Gut, Stütze f. Privat, Wirtschafterin, Hausdame.

Frau Schnatterich.

12.

Frau Schnatterich ist nach Kissingen gefahren, weil sie bemerkt zu haben glaubt, daß ihr Appetit anfängt, ins Gegenteil umzuschlagen. Früher aß sie stets dreifache Portionen, jetzt reicht sie beinahe mit einer doppelten. Weil sie trotz dieser asketischen Lebensweise mehrfach übelwollende Bemerkungen anderer aufgefangen hat, die an noch größerer Appetitlosigkeit leiden, nimmt sie ihre Mahlzeiten stets in zwei verschiedenen Lokalen ein und die Schlagsahne zum Nachtisch in einer Konditorei. Bei der zweiten Portion macht sie die Bekanntschaft eines Herrn, den sie seinem Aussehen nach für einen Amerikaner und seiner Bildung nach für einen Professor hält, denn er erklärt ihr, wobei er allerdings zerstreut in einem Buche blättert, sehr fein den Unterschied zwischen „als" und „wie", zwischen „obgleich" und „trotzdem" und zwischen „daher" und „deshalb", während bekanntlich der Durchschnittsdeutsche davon keine Ahnung hat und sie erst recht nicht. Ihr Respekt sinkt aber unter Gefrierpunkt, als er sich einen Harzer Käse bestellt, dem Kellner 5 Pfg. Trinkgeld gibt und sich als Berthold Schweinebauch, Villenbesitzer aus Schweinfurt, vorstellt. Als er hört, daß sie Witwe ist und ein Geschäft hat, beginnen seine Augen Raketen zu schießen, und er zeigteht sich in Vermutungen über den Aerger, den eine alleinstehende Frau mit dem Personal haben mag. Sie hält ihn eher für einen Reisenden in Registrierkassen oder in Florstrümpfen und Seidenjumpern oder in Gott weiß was. Gewandt weicht sie ihm aus, — denn das könnte ihr gerade passen, sich mit jemandem ernstlich einzulassen, dem eine Fahrkarte 4. Klasse aus der Westentasche spitzt, — und macht geistvolle Bemerkungen über die Winzigkeit seines Harzer Käses, der ja kaum die Größe eines rechtschaffenen Hühnereiges habe. Damit ist sie glücklich in das Thema hineinlaviert, das sie am besten beherrscht.

Hühnereiger, so erklärt sie, sind ein überwundener Standpunkt, seit es Kukirol gibt. Wie lange wird es noch dauern, so werden sie nur noch in Schaubuden für Geld gezeigt und die allerletzten Exemplare kommen in die Folterkammer des Germanischen Museums in Nürnberg, gleich neben die Daumenschrauben. Kukirol entfernt jedes Hühnerauge ohne Schmerzen, ohne Blutvergießung, mithin ohne Gefahr, in längstens einigen Tagen, denn Kukirol ist Qualitätsware. Damen müssen unbedingt Kukirol im Hause haben, denn nur Kukirol ermöglicht es, ungestraft enge Schuhe zu tragen.

Das Kukirol-Fußbad nach Sanitätsrat Dr. med. Campe ist aber für sie ebenso wichtig und ist eine unschätzbare Wohltat für alle, die viel gehen oder stehen müssen. Es verhütet Brennen, Wundlaufen, Anschwellen und übermäßiges Schwitzen der Füße, mithin den lästigen Schweißgeruch, kräftigt Nerven und Sehnen, verhütet Plattfuß, das zu schnelle Ermüden und ist für eine zweckmäßige Fußpflege unentbehrlich. Kukirol und Kukirol-Fußbad sind ärztlich empfohlen. Beide Präparate werden gerade in letzter Zeit sehr oft nachgeahmt, aber nie erreicht und sind in allen größeren Apotheken und wirklichen Fachdrogerien zu haben. Kukirol kostet nur 75 Pfennig und Kukirol-Fußbad nur 50 Pfennig. Lassen Sie sich nie etwas anderes als „ebenfalls sehr gut" aufreden, sondern weisen Sie jeden, der da glaubt, es bei Ihnen versuchen zu dürfen, so scharf zurück, daß er es ein zweites Mal nicht probiert. Für Ihr Geld können Sie verlangen, daß Ihre Wünsche erfüllt werden. Was nicht die bekannte Schutzmarke „Hahn mit Fuß" trägt, ist kein echtes Kukirol-Präparat.

Wenn Sie die lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege" interessiert, so lassen Sie sich diese kostenlos senden. Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle Fragen, die sich auf Fußpflege und Fußleiden beziehen.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407211-19/fragment/page=0004

Das Urteil im Böllberger Kommunistenprozeß

92 Monate Gefängnis für die Verführten.

Das Schöffengericht fällte in dem Landfriedensprozeß gegen die Böllberger Kommunisten nachstehendes Urteil. Es wird verurteilt: Wesemann zu sechs Monaten Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe, Zimmermann zu 100 Mk. Geldstrafe, Heber wird freigesprochen, Seibold zu sechs Monaten Gefängnis, Netzer zu sechs Monaten Gefängnis, Ellrich zu sieben Monaten, Bernbt zu sechs Monaten, Wüstemann zu sechs Monaten, Merker zu sechs Monaten Gefängnis, Scheibe wird freigesprochen, Morgenstern zu 100 Mk. Geldstrafe, Müller zu ein Jahr Gefängnis, Schöber zu acht Monate Gefängnis, Jahn zu 1 Jahr, drei Monate Gefängnis, Kunze sieben Monate, Scheibe sieben Monate Gefängnis. Schulz wird freigesprochen.

Das Spiel ist aus. Zwei lange Tage hat das Gericht sich mit der Schießerei in Böllberg beschäftigt. Zwei Tage lang kämpften die Angeklagten und die Verteidiger mit aller Zähigkeit um die bedrohte Freiheit. Waren ihnen doch bei geringster Verschiebung der Belastungsmomente lange Freiheitsstrafen sicher. Das Gericht ist gegen alles Erwarten noch am Sonnabend zu seinem Urteil gekommen und hat dadurch der unerträglichen Spannung ein Ende bereitet, das bei aller Fühlbarkeit der Strafe einen Abschluß bedeutet, der in der Hauptsache diejenigen mit aller Schärfe geißelt, die die ordnungsliebenden, durch verantwortungslose Zeitungsartikel der KPD.-Presse aufgepeitschten Arbeiter direkt in die Karabiner hineingehetzt haben. Damit ist neben der Schuld der Ludendorffer, an der nicht zu rütteln ist, die der kommunistischen Führerschaft durch neue Blutzeugen erwiesen. Tote und verstümmelte Proletarier in Arbeitsbluse und grünem Waffenrock haben die Rechnung dafür bezahlt. Und über ihren Leichen reichen sich Ludendorff und Ruth Fischer verständnisvoll lächelnd die Hände.

Der Prozeß ist zu Ende. Die Toten deckt der Rasen. Die verurteilten Proletarier nimmt das Gefängnis auf. Die wahrhaft Schuldigen aber freuen sich ihres Daseins. Sie sind frei.

Verhandlungsbericht.

I. Verhandlungstag. (Schluß.)

Verteidiger Müller.x verlangt Auskunft, ob und in welchem Umfange die Maßnahmen durchgeführt sind, die für die Teilnehmer am „Deutschen Zuge" angeordnet wurden. — Zeuge Dreschhoff: Herrn Jüttner und den anderen wurde eröffnet, daß Umzüge nicht gestattet seien, auch Fahnen nicht entrollt getragen werden dürften. Das ist mir versprochen worden. **Die Zusicherung ist nicht in vollem Umfange eingehalten worden.** — Verteidiger: Wäre es nicht für die Teilnehmer am Arbeiterzuge polizeitaktisch richtiger gewesen, ebenso geschlossen zum „Volkspark" zu ziehen wie die Stahlhelmleute? — Zeuge: Es ist ja nie der Antrag gestellt worden, einen solchen Zug zu genehmigen. Verteidiger: Welche Maßnahmen hat die Polizei zur Durchführung ihrer Anordnungen getroffen? — Vors.: Solche sind ja angeordnet, aber nach Aussage des Zeugen nicht voll durchgeführt worden. — Rechtsanwalt Müller: Es sind aber

bis in die Nacht hinein geschlossene Züge marschiert,

so daß ganze Stadtviertel widerhallten. — Zeuge: Es ist furchtbar schwer, das zu verhindern. — Verteidiger: Haben Sie das Verhalten der Stahlhelmleute für staatsgefährlich gehalten? — Zeuge: Ich habe hier kein Werturteil abzugeben. — Verteidiger: Die Abgeordneten Schreiber und Waentig haben ja entsprechende Ausführungen im Landtag gemacht. — Zeuge: Die Folgerung meiner vorgesetzten Behörde sind an dieser Stelle von mir nicht aufzuführen. — Verteidiger: Sind Sie der Ansicht, daß die Polizeibeamten in gleicher Weise und unparteiisch gegen beide Teile vorgegangen sind? — Vors.: Ich muß Ihnen die persönlichen Anfragen untersagen. — Verteidiger: Ich stelle dann die formelle Anfrage, ob der Zeuge festgestellt hat, daß die Polizei in gleicher Weise gegen die KPD. und die Nationalisten vorgegangen ist. — Zeuge: Die Polizei ist meines Erachtens objektiv vorgegangen. Auf Grund der Meldungen und auf Grund teilweise eigener Anschauung komme ich zu dieser Feststellung. Die Beamten haben sich bemüht, gegenüber beiden Teilen objektiv zu bleiben. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, alles durchzuführen. — Vors.: Haben Sie die Tatsachen, daß das nicht der Fall war? — Zeuge: Nein, ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß nicht zugelassene Fahnen zurückgewiesen wurden. Es sind allerdings drei bis vier Hakenkreuzfahnen trotzdem getragen worden. — Vert.: Ist die Polizei gegen solche Fahnenträger vorgegangen? — Zeuge: Ich stehe unter dem Eide und muß bei Beantwortung dieser Frage sehr vorsichtig sein. Ich habe allerdings das Gefühl, daß das geschehen ist. — Ein Angeklagter: Kann der Zeuge sagen, wie es möglich war, daß mir bei meiner Abführung Faschistentrupps mit entrollten Fahnen entgegenkamen? — Vors.: Das kann der Zeuge nicht wissen. Außerdem hätten dann in diesem Falle die betreffenden Beamten ihre Pflicht nicht getan. — Angekl.: Der Punkt muß aber geklärt werden, denn er ist wegen des Strafmaßes von Wichtigkeit.

Eine dunkle Geschichte.

Ein Kriminalbeamter Minkwitz wird als Zeuge vernommen, der auf Grund einer vertraulichen Mitteilung (1) bei der Familie Schachtel zwei Koffer mit 26 Pistolen und 900 Schuß Munition beschlagnahmt hat. Er ist der Ansicht, daß die Sachen zum Putsch gebraucht wurden. Die betreffende Frau (Frau Michael) will die Sachen von Quartiergästen der KPD. erhalten haben. Sie hat sie dann, angeblich aus Angst, zur Frau Schachtel geschafft. — Vors.: Haben Sie weiter keine Anhaltspunkte? Woher wissen Sie denn das? — Der Kriminalbeamte: Durch vertrauliche Mitteilung.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst wird der gerichtliche Sachverständige Professor Siefert über den Geisteszustand des Angeklagten Wesemann vernommen. Er gutachtet dahin, daß es sich um einen schwerhysterischen, leicht beeinflußbaren Menschen handle, der bereits in der Schule nicht vorwärtsgekommen sei und deshalb eine Hilfsschule besucht habe. Er hat daneben allerdings den Eindruck, als verstelle sich der Angeklagte. — Der Zeuge Landjäger Torgau berichtet, daß der von Leipzig kommende Zug unterwegs Wirtshäuser und Scheunen für sich in Anspruch genommen habe, um dort zu übernachten. — Oberlandjäger Herbst aus Wörmlitz berichtet über die Teilnehmerzahl und die Entwicklung des durch Böllberg gekommenen Zuges. 6 Handgranaten seien gefunden worden, von denen 3 gebrauchsfertig gewesen seien. — Die Schankwirtin Schmidt aus Böllberg bekundet, daß bei ihr Quartier für eine Anzahl Sanitäter aus Berlin nachgesucht sei. Dann habe man Stroh gebracht und 30 fremde Sanitäter nebst 2 Aerzten aus Berlin seien zu ihr gekommen. Andern Tags sei allerdings der Weg nach Halle gesperrt gewesen.

Dann treten als Zeugen eine Anzahl Polizeibeamte auf. Der Oberleutnant Stille hat die Wache am Leuchtturm gehabt. Da auf der Straße sich am Sonntagvormittag die Menschenmassen häuften, ist er in Richtung Diesdau vorgegangen und hat die Brücke gesperrt. Nachmittags war er nach Böllberg kommandiert. Zeuge bekundet, daß nach seiner Auffassung die KPD. offensichtlich den militärischen Durchbruch der Postenkette in Böllberg geplant hatte.

Oberleutnant Grothe aus Magdeburg berichtet gleichfalls über Böllberg. Er hat die Ortschaften nach Halle zu abgesperrt, auch die Hüttenstraße verriegelt. Als der Zug kam, entstand ein Tumult; aus der Menge fielen Schüsse; zwei Beamte blieben dabei liegen, auf die mit Knüppeln eingeschlagen wurde. Der Zug der Arbeiter sei bereits bewaffnet gewesen, zunächst mit eigenen, dann mit den den liegengebliebenen Schupoleuten abgenommenen Waffen. Er bestätigt auch die Anwesenheit der Sanitäter und Aerzte. Er erkennt einen der Angeklagten wieder.

Der Wachtmeister Karte aus Magdeburg erhielt den Befehl, die Straße zu räumen. Der Zug stürmte mit dem Rufe: „Heil Moskau!" vor. Die Menge feuerte, einige Beamte blieben liegen. Um nicht umzingelt zu werden, ging die Schupo etwas zurück und verteidigte sich dann mit der Schußwaffe. Der Zeuge selbst wurde verwundet und blieb hilflos liegen. Man stürzte sich auf ihn mit dem Rufe:

„Das Schwein lebt ja noch!"

und schlug mit Stöcken auf ihn ein. Ein junger Mensch stach ihn mit dem Messer. Er behauptet, daß Jahn derjenige sei, der mit dem Stock nach ihm geschlagen habe. Er erkenne ihn an den Barkoteletten wieder. An Hand der polizeilich aufgenommenen Photographie wird jedoch festgestellt, daß Jahn an dem betreffenden Sonntag Kotelletten nicht getragen hat.

Der Zeuge Wachtmeister Nitze belastet einen der Angeklagten schwer. Er wird einem scharfen Kreuzverhör unterworfen und ihm vorgehalten, daß er bereits andere nicht Angeklagte verhaftet und fälschlich beschuldigt habe.

Der Oberleutnant Schal begutachtet die gefundenen Handgranaten, die bestimmungsmäßig zurechtgemacht seien.

Der Wachtmeister Doß erklärt: Auch aus den Häusern sind Schüsse gefallen. Ich habe dann die Häuser mitdurchsucht. Bei Hay fanden wir die Pistole. Er sagte, ein Fremder habe sie hochgebracht. In der Pistole waren noch acht Schuß. Dort fand ich auch den zerschlagenen Eichenstock.

Wachtmeister Jäger erklärt: Die Menge nahm eine drohende Haltung ein; sie schrie: „Schießt doch! — Schlagt sie tot!" Auch fielen Schüsse. Die Vorderleute schwärmten aus, so daß wir uns zurückziehen mußten, um nicht umzingelt zu werden. Auch aus dem Hause Nr. 61 kamen Leute und schlugen auf uns ein. Der erste Angeklagte ist wiederholt bei uns gewesen.

Der Angeklagte: Das ist nicht wahr! Der Zeuge hat sich mit einem anderen Beamten verabredet, mich hineinzulegen.

Vorsitzender: Waren Sie der erste, der schoß? — Zeuge: Der erste Schuß fiel aus der Menge. Dazu die „Heil-Moskau!"-Rufe. Als wir den verwundeten Unterwachtmeister Hartwig fortragen wollten, wurde aus der Richtung der Wirtschaft auf uns geschossen. Ich erkenne den zweiten Angeklagten genau wieder.

Der Kommissar Woywode berichtet über die Art und Weise, in der

die Auslese

stattgefunden hat. Die Beamten kamen und suchten sich aus der Zahl der verhafteten Leute die Verdächtigen aus. Aus diesen wurden dann durch Gegenüberstellung und nach genauer Prüfung die Schuldigen festgestellt. Er hat auch davor gewarnt, etwa Leute zu belasten, die unschuldig seien. Infolgedessen sei auch die Mehrzahl der Verhafteten entlassen worden.

Der Kriminalassistent Nolte macht die gleichen Angaben und erklärt, wie die Erkennung der Angeklagten vor sich gegangen sei. Es sei richtig, daß der Zeuge Listen mehrere herausgezogen hat, die er sich nachher genau ansah und aus ihnen den Angeklagten herauszusuchte.

Der Zeuge Sündermann sagt aus, daß nach dem ersten Schuß ein Polizeibeamter auf der Erde lag. — Wachtmeister Hartmann (Magdeburg) bekundet das gleiche. Beim Wegtragen des Gefallenen wurde auf sie geschossen. Jahn kam dann mit erhobenen Händen auf sie zu und ließ sich verhaften. In der Gastwirtschaft von Müller wurden dann Schlagringe und andere Waffen gefunden. Außerdem wurden gefunden im Hause Böllberger Weg 63: im Keller 2 Pistolen, 35 Schuß Munition, unter den Backsteinen 4 Pistolen und 60 Schuß Munition, sowie 2 Schlagringe, Dolchmesser, Totschläger usw.

Von den weiteren Zeugen sträubt sich Frau Haie gegen die Vereidigung. Sie hat gesehen, wie die jungen Burschen mit dem Rufe „Heil Moskau!" sich auf die Schutzpolizei gestürzt haben. Bald darauf hat sie den einen Beamten wanken sehen. Jahn sei dann ins Haus gestürzt und die Treppe hinaufgelaufen. Er hatte Stock und Revolver, auch eine blutende Hand. Sie will die Angeklagten Schulz und Wesemann schon vor der Schießerei im Hause gesehen haben; die Leute seien unschuldig. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß das nicht stimmen könne, gibt sie an, infolge des Tumults sich nicht mehr genau besinnen zu können. Auch hätten die Betreffenden nicht gestottert wie Wesemann.

Der von ihr ins Haus gezogene Zeuge Franke ist stolzer Stahlhelm-Mann. Er erklärt, daß man ihn bereits auf dem Wege von Halle nach Böllberg angepöbelt habe, und macht die gleiche Bekundung wie Frau Haie. Da er durch einen Sturz an Gedächtnisschwäche leidet, will er sich der Einzelheiten nicht mehr entsinnen können. — Vors.: Haben Sie gesehen, daß Polizeibeamte von Leuten aus dem Zuge mißhandelt worden sind? — Zeuge Franke (seufzend und im Tone tiefen Schmerzes): Leider nicht!

Weitere Zeugenvernehmungen haben kein besonderes Ergebnis. Der Angeklagte Jahn führt Klage über an ihm vorgenommene Mißhandlungen.

Der Gerichtshof im Lastauto.

Da noch ein im Krankenhause befindlicher Zeuge vernommen werden muß, wird die Gestellung eines Lastautos angeordnet und der Gerichtshof begibt sich zur Verhandlung in das betreffende Krankenhaus. Nach Wiedereintritt in die Verhandlung erklärt der Staatsanwalt in seinem Plädoyer, daß Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt durch das Ergebnis der Beweisaufnahme voll gerechtfertigt seien, und beantragt folgende Strafen:

Wesemann, Seibold, Netzer je 6 Monate Gefängnis, Bernd, Zimmermann, Heber, Wüstemann, Merker, Scheibe, Morgenstern je 9 Monate Gefängnis, Schöber, Kunze 1 Jahr Gefängnis, Müller 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Jahn 4 Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Scheibe und Schulz wurden freigesprochen.

Dann nahmen die Verteidiger zu ihren Ausführungen das Wort. R.-A. Barbasch gibt ein Bild von den Zuständen an dem betreffenden Tag in Halle. Man hätte der Ansicht sein müssen, daß an diesem Tage die Monarchie durch einen Staatsstreich hätte proklamiert werden können. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen trage allein die Polizei. Von Aufruhr und Landfriedensbruch könne keine Rede sein. Er beantragt daher Freisprechung der Angeklagten. Eine Ausnahme sei evtl. für diejenigen zu machen, bei denen Waffen gefunden worden seien.

R.-A. Müller: Keinem der Angeklagten kann direkte Beteiligung an Landfriedensbruch nachgewiesen werden. Auf der Anklagebank sei doch kein aktiv Beteiligter oder einer der Drahtzieher. Die seien längst in Sicherheit gewesen. Hier wären nur verhältnismäßig harmlose Mitläufer. Frau Haie, die den Angeklagten Jahn schwer belastet hat, sei völlig unglaubwürdig. Der beste Beweis dafür sei der gewesen, daß sie eine wahre Todesangst vor der Ablegung des Eides gezeigt habe. Wesemann sei als vollkommen zurechnungsfähig nicht anzusehen und müsse freigesprochen werden. Auch das Strafmaß für die übrigen müsse, falls Verurteilung durchaus erfolgen solle, ganz niedrig gehalten werden. Eigentlich Schuldige wären tatsächlich die Veranstalter des Deutschen Tages. Außerdem hätten die Behörden nur halbe Arbeit geleistet, da sie nicht zu einem direkten Verbot gekommen seien. Nur so hätten sich Zusammenstöße vermeiden lassen. Außerdem stehe fest, daß bei ähnlichen Delikten rechtsradikaler Kreise ein so ganzendes Zusammenarbeiten der Gerichte, der Polizei und der Staatsanwaltschaft wohl nie zu finden sei.

Staatsanwaltschaft und Verteidiger äußern dann in kurzen Darlegungen ihre verschiedene Auffassung. Als die Angeklagten

das letzte Wort

erhalten, kommt es zu theatralischen Szenen. Einer schreit: „Meine Parole ist Kampf gegen die verlumpte, verlotterte Gesellschaft, deren Vertreter Sie, Herr Staatsanwalt, sind. Heil Moskau!"

Nach vierstündiger Beratung verkündet das Gericht das oben mitgeteilte Urteil.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Juli 1924.

Mit Arbeiterkindern auf Ferienwanderung.

„Mutiel, guck doch mal, ob's nicht regnet!" Schon um 5 Uhr früh ruft's aus den Federn. Aber bloß heute, weil es ja um 8 Uhr los geht, mit der Arbeiterwohlfahrt in die Heide. Ein Festtag ist das immer. So groß und klein durcheinander, und die richtigen Brüder zusammen wie die Kletten. Sogar die Saale freut sich darüber, wenigstens plätschert sie nochmal so rasch unter den beiden Peißnitzbrücken weg, wenn der fröhliche Kinderzug mit der schwarzrotgoldenen Fahne und dem Arbeiterjugend-Lied über sie kippstappt. Vor Schurigs Garten ist das erste Halt. Es gibt Limonade. Die nette Wirtsfrau stellte gern Eimer und Wasser, den Saft schnurrt sich die Arbeiterwohlfahrt.

Dann gehts mit Halli-Hallo durch die Heide, ein kleiner Troß Sportwagen mit dem jüngsten Nachwuchs hinterdrein. Sogar der Kellerberg wird damit erstiegen. Peter Krapotkin hat recht, mit „gegenseitiger Hilfe" geht alles. Oben wird getollt. Am schlechtesten ergeht's dem Leiter. 15 bis 20 muntere Jungen versuchen, ihn den Berg runterzukollern, bis ihn die mitleidigen Genossinnen aus dem Gedränge heraussangen. Und dann Ringkampf, oder Eierwettlauf. „Duste" schmecken die erstegten Bondons.

Das Mittagsmahl wird bei Dirschkes im Dölauer Gasthofe eingenommen. Fetter Kakao mit ebensolcher Milch, dazu knusprige Zwiebäcke. Der gute Konsumonkel schafft alles rechtzeitig heran. Nachher ist die Märchentante oder der Geschichtenonkel da. Er teilt das Publikum hübsch in Männlein und Weiblein. Und während die einen Mäuschen machen, tollen die andern im Grasgarten oder schlafen, im Badekostüm. Ein bissel Obacht auf die unreifen Birnen muß aber gegeben werden, die schmecken unseren großen Jungen immer am besten.

Dann ist Kaffeepause. Im Anschluß daran wandert die vergnügte Schar zurück zur Heide, spielt noch ein gutes Stündchen oder treibt erlaubten Allotria. So gegen 8 Uhr ist alles mit müden Gliedern und fröhlichen Gesichtern wieder heim.

Frei Heil! du junges Volk.

Das Wechselspiel der Teuerungszahlen.

Die wöchentlich von den verschiedensten amtlichen Stellen festgestellten Gradmesser für die bestehenden Preisverhältnisse gleichen dem neckischen Spiel der Glasklinge auf der Gartenfontäne; sie heben einmal hoch und einmal nieder im fortlaufenden Wechsel. Waren in den letzten Wochen ständig ansteigende Ziffern zu konstatieren, so hat die Vorwoche einen kleinen Rückgang verzeichnet. Die Halleschen Indexziffern vom 16. Juli 1924 sind laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der 5 köpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913—14 = 1) folgende: Gesamt-Index, das ist Lebenshaltung einschl. Bekleidung 1037,5 Milliarden (Veränderung gegenüber der Vorwoche — 2 Prozent); Lebenshaltung ohne Bekleidung, das ist Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 1003 7 Milliarden (— 2,3 Proz.); im einzelnen lautet der Index für Ernährung 1128,8 Milliarden (— 3,2 Proz.); Heizung u. Beleuchtung 1629,1 Milliarden; Wohnung (2 Zimmer u. Küche, Friedensmiete ohne Nebenabgaben 320 Mk.) 611,1 Milliarden; Bekleidung 1275,3 Milliarden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 16. Juli, das 1,15 billionfache der Vorkriegszeit. Die Abnahme von 3,4 Prozent gegenüber der Vorwoche (1,19 Billionen sind hauptsächlich auf die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln und zum Teil auch der Bekleidung zurückgeführt.

Es wäre erfreulich, wenn unsere kürzlich ausgesprochenen Befürchtungen, daß die Teuerung ihre Aufwärtsbewegung fortsetzen würde, grundlos wären. Leider nur mögen wir daran noch nicht recht zu glauben, denn wenn man die letzten Großhandelsziffern betrachtet, ziehen die Preise doch schon wieder an. Die auf den Stichtag des 15. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat nämlich gegenüber dem Stande vom 8. Juli (112,0) im wesentlichen unter dem Einfluß der höheren Getreidepreise auf 117,3 oder um 4,7 v. H. angezogen. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 96,5 auf 104,7 oder um 8,5 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 94,2 oder um 14,6 v. H. Die Industriestoffe sind dagegen mit 140,8 (Vorwoche 141,0) nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Kohle und Eisen mit 133,9 (134,0). Die Inlandswaren erhöhten sich von 102,1 auf 109,1 oder um 6,9 v. H., während die Einfuhrwaren von 161,3 auf 158,1 oder um 2 v. H. nachgaben.

Da die Kleinhandelspreise sich gewöhnlich erst eine gewisse Zeit später auswirken, muß demnach dann gerechnet werden, daß die Steigerung der Großhandelsziffern sich auch diesmal wieder bei den Kleinhandelspreisen bemerkbar macht. Dann wäre aber der kleine Rückgang bei den Kleinhandelspreisen der Vorwoche mehr als wieder wettgemacht, d. h. die Teuerung setzt ihren Vormarsch fort.

Die Handelskammer und ihr Notgeld.

Als den Kommunen, den Kommunalverbänden, großen Privatfirmen und Handelskammern erlaubt wurde, Notgeld herauszugeben, da sollte damit dem schlimmsten Inflationselend ein Ende gemacht werden. Es bleibe hier unerörtert, ob das der richtige Weg war und ob die Sanierung auf andere Weise nicht schneller und besser hätte erreicht werden können. Jedenfalls bedeutete die Erlaubnis, Notgeld in Umlauf setzen zu dürfen, für die damit Beglückten einen beträchtlichen Vorteil. Die Allgemeinheit wurde dagegen durch die Dutzende von Arten an privatem Papiergeld in einen Zustand versetzt, der schließlich nicht mehr zu ertragen war. Und ein tausendfältiges „Uffl" entwand sich der Brust, als das private Notgeld vom Markte verschwand.

Mit am längsten waren die Geldscheine der hiesigen Handelskammer im Umlauf. Im Juni lief auch für sie die Frist ab. Auch sie wurden bis zum 10. Juni eingelöst. Es soll anerkannt werden, daß auch nach diesem Termin noch Einlösungen bis zum Monatsschluß des Juni vorgenommen worden sind. Dann aber hat die Handelskammer beschlossen, keine weitere Zahlung für ihre eigenen Notgeldscheine zu leisten. Formell ist die Kammer zu diesem Beschlusse berechtigt gewesen. Aber das bekannte lateinische Wort „summa jus summa injuria", zu Deutsch: „Das größte Recht ist das größte Unrecht", trifft hier im vollen Maße zu. — Wir wissen nicht, wie hoch der Betrag der nichteingelösten Notgeldscheine der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407211-19/fragment/page=0005

An die Leser unseres Romans!

Wir sind aus Gründen rechtlicher Sicherstellung gezwungen, den Abdruck des Romans „Le Compagnon" von Viktor Margueritte einzustellen, um den erpresserischen Forderungen seines Wiener Buchverlegers keinen Vorschub zu leisten. So unangenehm uns diese Maßnahme auch ist und so unangenehm sie auch diesem oder jenem Leser sein mag, glauben wir doch uns der Solidarität sämtlicher „Volksblatt"-Leser im Kampf gegen das Wucherkapital auch dort, wo es unter der Maske des Kunstverlags auftritt, sicher zu sein. Wir werden morgen mit dem Abdruck eines wirksamen und fertigen Romans beginnen.

•

Ueber die Art der Verlagserzeugnisse des Karl-Schuß-Verlages Wien werden wir in Kürze unseren Lesern weitere Mitteilung machen und darüber hinaus dafür Sorge tragen, daß die reichsdeutsche Presse in Zukunft vor den Belästigungen dieses Wiener Instituts bewahrt bleibt.

---

hiesigen Handelskammer ist. Aus ihren Büchern muß sie ihn leicht feststellen können. Sicher ist nur, daß die Handelskammer bei Verausgabung ihres Notgeldes für jeden einzelnen Schein den vollen Gegenwert erhalten hat, so daß der Gesamtbetrag der nichteingelösten Notgeldscheine zugleich der Betrag des Extraprofits ist, den die Handelskammer mit Herausgabe des Notgeldes erzielt hat. Solche Extragewinne den Herausgebern von Notgeld zu verschaffen, war jedoch nicht Absicht des Gesetzgebers, auch eine Körperschaft wie die Handelskammer sollte darauf verpflichtet, solche finanziellen Vorteile einzustecken. Es würde einem „ehrbaren Kaufmann", wie die Hamburger Kaufleute sich gern nennen, wohl angestanden haben, wenn die Handelskammer den vollen Betrag für das auch nicht eingelöste Notgeld zur Verfügung gestellt hätte, um nachträgliche Einlösungen noch vornehmen zu können. Durch den kurzen Beschluß, keine weiteren Zahlungen für das eigene Notgeld zu leisten, ist das unmöglich gemacht worden.

Nun liegt u. a. folgender Fall vor: Eine hochbejahrte Sozialrentnerin, arm wie eine Kirchenmaus, hatte sich mühsam Pfennig um Pfennig einen eisernen Fonds von 7 Mk. zusammengespart. Zufällig waren es Notscheine der Handelskammer, die dem Mütterchen wohl um deswillen besonders vertrauenswürdig erscheinen machten, weil sie groß und breit als Goldmark bezeichnet waren. Fünf der Scheine lauten auf je eine Goldmark, einer auf zwei Goldmark. Das alte Mütterchen hat sich um nichts gekümmert. Sie erfuhr auch nicht, daß die Scheine zur Einlösung aufgerufen worden waren. So ist es gekommen, daß das Mütterchen erst nachträglich und durch Zufall unterrichtet wurde, ihr Geld sei verfallen. Vor einigen Tagen ist der Versuch gemacht worden, unter Darlegung des Falles bei der Handelskammer die Einlösung zu erwirken. Es war vergeblich. Wir fragen darum vor aller Oeffentlichkeit: **Bringt die Handelskammer von Halle den moralischen Mut auf, ihr formales Recht über die Forderung zu stellen, die sieben Mark an Notgeld nachträglich noch einzulösen?**

Wir werden kurze Zeit warten, ob wir Antwort erhalten.

---

* **11. Sommerkonzert im „Volkspark".** In dem am Dienstagabend stattfindenden Konzert ist diesmal, im Gegensatz zu dem letzteren „heiteren Abend" wieder symphonische Musik vertreten, und zwar hat Kapellmeister Plätz im zweiten Teil die symphonische Dichtung „Torquato Tasso" von Liszt aufs Programm gesetzt. Eine nähere Erklärung ist dem Abendprogramm beigedruckt. Eröffnet wird das Konzert mit der Ouvertüre „Ruslan und Ludmilla" von Gluck, darauf folgen sechs Charakter verschiedener Länder von Moskowskij: a) altrussisch, b) italienisch, c) deutsch, d) spanisch, e) polnisch, f) ungarisch. Der zweite Teil beginnt mit „Torquato Tasso" und schließt mit der „Tannhäuser"-Ouvertüre von Wagner. Der dritte Teil ist wieder der leichten Musik zugedacht ging beginnt mit der flotten Ouvertüre „Das Glöckchen des Eremiten" von Millaeck und endet mit einem Walzer „Traum am Meer Ozean", aber nicht von Strauß, fordern von Gungl, ebenfalls ein Wiener Komponist.

* **Ertrunken.** Am Sonntagmorgen wurde am rechten Ufer der Wilden Saale zwischen Giersch und der Schwanbrücke die Leiche einer etwa 40jährigen unbekannten männlichen Person angeschwemmt. — Nachmittags gegen 5½ Uhr ertrank in der Wilden Saale am Sandanger beim Baden der Arbeiter Paul Kurtze. Die Leiche konnte konnte noch nicht geborgen werden.

* **Zahlreiche Straßenunfälle** haben sich im Laufe des vergangenen Sonnabend zugetragen. Am Sonnabendvormittag erfolgte in der Trotzkaer Straße zwischen einem Pferdegeschirr und einem Kraftrad ein Zusammenstoß, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. — Am gleichen Vormittag schlug auf dem Jägerplatz ein beladener Brauereiwagen beim Umwenden um, wobei der Kutscher am Sitz hängen blieb und erheblich verletzt wurde. Er wurde nach dem Krankenhause gebracht. — Nachmittags wurde ein 13jähriger Schüler in der Großen Steinstraße von einem Radfahrer, der sich seiner Feststellung durch die Flucht entzog, umgefahren und hierbei erheblich am linken Unterschenkel verletzt. Er konnte trotzdem aber seinen Weg nach seiner Wohnung fortsetzen. — Am selben Nachmittag wurde Ecke Leipziger- und Röserstraße ein dreijähriger Knabe von einer Kraftdroschke angefahren und zu Fall gebracht. Das Kind trug an der Oberlippe, am linken Knie und rechten Fuß leichte Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Fast zur selben Zeit wurde ein 15jähriges Mädchen beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Merseburger Straße, Ecke Königstraße, von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Es trug leichte Hautabschürfungen davon, erlitt aber außerdem anscheinend innere Verletzungen, so daß es einen Arzt aufsuchen mußte. Die Schuldfrage wird noch geklärt. — Am gestrigen Sonntagnachmittag fuhr in der Gr. Ulrichstraße ein Lehrling mit seinem Fahrrade gegen ein Fuhrwerk, wobei das Hinterrad stark beschädigt wurde. Der Fahrer blieb unverletzt. Der Radfahrer, der die geringende Aufmerksamkeit außer acht ließ und so den Unfall selbst verschuldete, wird zur Anzeige gebracht.

* **Die Liebe ist ewig.** Am Sonnabend, gegen 11 Uhr abends, bespritzte ein von seiner Frau getrennt lebender Lagerist in der Gr. Ulrichstraße seine Frau und noch vier weitere sich in ihrer Begleitung befindliche Personen mit Schwefelsäure. Außer einer empfindlichen Beschädigung der Kleider wurden die Personen zum Teil leicht an den Füßen verletzt. Der Täter wurde festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Film und kleine Bühne.

G.-T., Riebeckplatz. Ganz aus dem Häuschen ist wieder Harold Lloyd als „Er" im Schlafwagen". Das Grinsen kann lernen, wer ihm andächtig und gläubig auf seinen Wegen folgt. Wie er auf den Wagendächern des rasenden Zuges, unter den Fahrgesellen um einen Halt tingt und dieses andere wirkt immer so komisch, daß auch der Langsamste sich bell auflachen muß. — Marcella Albani, die typische Italienerin, spielt wieder hervorragend in „Im Rausche der Leidenschaft". Der Film gab auch Alfred Abel u. a. Gelegenheit, sich von der heiteren Seite zu zeigen. Vielleicht wie das Geschehen ist in diesem Werk auch der Rahmen.. Die Bilder vornehmer Innenarchitekturen wechseln mit solchen bezaubernden Landschaften. Und es geht von Darstellung und Szenerien eine so starke Wirkung aus, daß man hier von einer vollendeten Leistung in jeder Beziehung sprechen darf.

U.-T., Leipziger Straße. Leo Peukert in seiner berühmten Professor-Rehbein-rolle ist wieder ganz der alte. Wer diesen linkischen Dizeallehrer inmitten seiner „Damen" schulmeistern und schaupielern sieht, kann nicht ernst bleiben. — „Mitgiftjäger". Es ist zwar ein altes Lied, das vom feudalen Schwiegersohn, der nur das Heiratsgut seiner „Gattin" liebt; aber hier wird in überwältigender Naturalistik, unterstützt durch entsprechende Bilder, ein Drama derer aus gehobenen Schichten geboten. Eine Mutter wacht mit Argusaugen über dem Glück des einzigen Kindes und führt mit der Waffe einen Schluß herbei, der überzeugend wirkt, eine weitere gedanklische Fortsetzung aber nicht zuläßt, weil eben jede Geschichte irgendwo und irgendwie enden muß. F—e.

Aus der Provinz.

Merseburg. Ein Roheitsakt. Am Freitagnachmittag spielten auf dem Damm mehrere Kinder. Zu ihnen gesellten sich bald noch zwei Jungen im Alter von ungefähr 11 Jahren, die das Spiel störten. Es kam, wie das unter Kindern üblich ist, zu Streiereien und der eine der älteren Jungen warf den 9jährigen W. Bukas von hier den Abhang nach der Klaiseite hinunter. Dieser kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er den rechten Arm brach und der linke angebrochen wurde. Der Uebeltäter stützte sich dann noch auf den anderen Knaben E. König und warf ihn hin, sodaß er dabei den Arm verstauchte. Wie wir hören, haben die Eltern der verletzten Kinder Anzeige erstattet und sind eifrig bemüht, den Rohling ausfindig zu machen.

Neumark. Bannerweihe. Die Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold feiert am 3. August Bannerweihe. Die Leitung der Veranstaltung und Ordnung des Festzuges haben die Kameraden H. Rötzke und E. Hohmann (Siebkung Peykendorf) übernommen.

Neumark. Autoraserei. In rasendem Tempo fuhren am Montagabend zwei Autos nach dem Orte. Nur durch einen Zufall konnte verhindert werden, daß zwei des Weges kommende Kinder überfahren wurden. Es wäre angebracht, daß durch entsprechende Warnungstafeln der Autoraserei an dieser belebten Stelle Einhalt geboten würde.

Knappschaftsmitglieder

der Sprengelwahlgruppen Nr. 24 und 25 in den Sprengeln **Emanuel, Friedländer, Marianne I und II, Mitz, Hansa (Schönborn, Trösitz, Schilda), Pauline, Wilhelm, Bornsdorf, Martha X holt Euch** sofort von dem Werke Stimmzettel und Wahlkouverts. **Geht bestimmt am 27. Juli 1924** zur angesetzten Zeit zur Wahl und wählt die Vorschlagsliste

„Altverband".

Alle anderen Listen sind Listen des sozialen Rückschritts.

Spergau. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Freitagabend fand im Gasthof Winkler die erste Versammlung der republikanischen Kriegsteilnehmer statt. Das Referat: „Zweck und Ziel des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", hatte Kameraden Schneider (Merseburg) übernommen. Pastor Ballin, der mit seinen 15 Mann starken Jungdoppelgruppe vollzählig erschienen war, konnte an der Tatsache, daß sich nunmehr auch in Spergau die Republikaner um ihr Banner scharen, nichts mehr ändern. Dieser alte Herr, der als Burschenschafter das schwarzrotgoldene Band mit Stolz — wie er selbst sagt — auf der Brust getragen hat, setzte sich mit einer Leidenschaft für Schwarz-Weiß-Rot und die Monarchie ein, die ihm früher unter dem monarchistischen Regime Amt und Würden gekostet hätten, wenn er in dieser Form gegen die Monarchie losgezogen wäre, wie er am Freitag gegen die Republik losweiterte. Genutzt hat es ihm nichts Schwarz-Rot-Gold marschiert auch in Spergau. Mit der Leitung der Ortsgruppe wurde Kamerad Jagenhardt beauftragt. In nächster Zeit wird Spergau auch einen Jungsturm aufweisen, der die Jugendlichen erfassen wird.

Roßla. Ein schwarzweißroter Rummel, wie wir ihn schon oft und vielerorts erlebten, spielte sich am Sonntag auch in unserem Oertchen ab. An sich lassen uns derartige Spielereien gleichgültig, wir lassen dieser absterbenden Kaste ihre Totenfeiern, solange sie nicht versuchen, noch in ihrer Sterbestunde den Bestand der Republik anzutasten. Deshalb interessiert uns am ganzen Rummel nur eins: Der Herr Gemeindevorsteher hatte anläßlich dieser „Feier" den Auftrag erteilt, das Gemeindehaus schwarzweißrot zu flaggen. Weiß der Herr Gemeindevorsteher nicht, daß auch das Roßla „Seiner Durchlaucht" zur deutschen Republik gehört und die Farben dieser Republik Schwarz-Rot-Gold sind? Wenn nicht, wie es scheint, so wäre es notwendig, daß dies dem Herrn recht bald begreiflich gemacht wird.

Schlettau. Gemeindevertretung. Zum Gemeindevorsteher wurde Genosse Wilhelm Schmidt, zu Schöffen Karl Schulz (SPD.) und Lehrer Lutz (bürgerl.) gewählt.

Beuchlitz. Schöffenwahl. Zum Gemeindevorsteher wurde Genosse Voigt, zu Schöffen Genosse Otto Schlüter und Albrecht (bürgerl.) gewählt.

Passendorf. Zum Gemeindevorsteher wurde der Genosse Bedau, zu Schöffen Fischer (Dem.) und Bowitzky (KPD.) gewählt.

Angersdorf. Zum Gemeindevorsteher wurde der Genosse Jäger, zu Schöffen Mandau (SPD.) und Bauer (bürgerl.) gewählt.

Delitzsch. Gaspreisermäßigung. Das Gaswerk macht bekannt, daß der Einheitspreis für den Verbrauch von Gas von der Zulikassierung ab auf 28 Pfennige ermäßigt wird. Damit bleibt der Gaspreis immer noch hoch genug, was aber in der Hauptsache auf den Kohlenpreis zurückzuführen ist, der noch weit über Friedenspreis steht.

Wittenberg. Auffrischungsschwindel. Eine Reihe von Arbeiterhaushalten wurde durch einen Schwindler heimgesucht. Er stellte sich als Vertreter einer großen Stroh- und Filzhutfabrik vor und sammelte Aufträge zur Aufarbeitung alter Stroh- und Filzhüte. Er hat in vielen Fällen Aufträge erhalten und in jedem Falle Geldbeträge für angebliche Vorauslagen im voraus eingeheimst. Erkundigungen bei der Fabrik leitens der Geprellten führte zu der Erkenntnis, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sind. Sollte der Schwindler anderenorts seine unsauberen Geschäfte weiterfortsetzen, wird ersucht, umgehend die hiesige Kriminalpolizei oder Schutzpolizei anzurufen.

Holzweißig. Verunglückt. In Grube Theodor verunglückte der Schachtmeister Paul Hannemann, indem er mit dem Hinterkopf auf einen harten Gegenstand fiel. An den Folgen der erlittenen Verletzung ist er in derselben Nacht im Knappschaftskrankenhaus gestorben.

* **Sandersdorf** (Kr. Bitterfeld). Neue Kohlenfelder. Das hiesige Braunkohlenwerk „Grube Richard" beabsichtigt im kommenden Frühjahr neue Kohlenfelder anzulegen. Zunächst besteht der Plan, das Gelände unserer Gartenstraße zum Zwecke der Auskohlung abzubaggern. Als Ersatz für die einzuziehende Gartenstraße soll der Weg über den Pfingstanger nach der Hauptstraße führen.

Torgau. Abbau der Beherbergungssteuer. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, die Beherbergungssteuer nicht mehr zu erheben und die Lustbarkeitssteuer auf die Hälfte der bisherigen Sätze festzulegen.

Zschornewitz. Hoher Besuch. Vor einigen Tagen waren einige Minister der Reichsregierung in Zschornewitz. Sie besichtigten die Grube Golpa und darauf das Kraftwerk. Der Besuch soll mit einer weiteren Vergrößerung der Anlagen in Verbindung zu bringen sein.

Liebenwerda. Die uneigennützige Industrie. Wegen Vornahme von Reparaturarbeiten wurde der hiesige Mühlstrom abgelassen, so daß das Bett freiliegt. Zum allgemeinen Erstaunen ist nun festzustellen, daß auch in diesem Jahre wieder Schlammassen, und zwar hauptsächlich Briketschlamm, sich angesammelt haben. Regelrechte Schlammbänke haben sich gebildet und hindern den Durchzug der Wassermassen. Gerade jetzt, wo das von Wasserbefreite Strombett jedem zeigt, wie sehr die Grubenabwässer unsere heimische Elster verschmutzen, mußte mal die behördliche Kommission hierher reisen und sich die unrüglichen Zeugen der Flußverschlammung ansehen. Es nutzt nichts, daß diese Kommission sich immer wieder versichern läßt, daß die Abwässer in völlig geklärtem Zustande in die Elster geleitet werden. Die Tatsachen reden eine andere Sprache und werden noch erhärtet durch Briketstücke, die ihren Weg von den Gruben bis hierher durch die Elster gefunden haben. Es ist unerhört, daß die werktätige Bevölkerung durch ihre Steuern die Mittel für bequeme Abfuhr des Briketschlammes aufbringen soll!

Großtitzmia. Die Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl hatte am Sonntag folgendes Ergebnis: Der Gemeindevorsteher Hirsch wurden wiedergewählt. Zu Schöffen wurde gewählt, Hermann Naumann, Gottlieb Kaubisch und Wilhelm Trobisch.

Großtitzmia. Aus der Partei. Der bisherige Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe der SPD., Genosse Otto Harig hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte übernimmt bis auf weiteres der Genosse Hermann Wachtel senior, an welchen auch alle Zuschriften zu richten sind.

Bielpla. Vermißte Schülerinnen. Am 17. Juli sind zwei hiesige Mädchen im Alter von 14 und 12 Jahren zum Heidelbeerlesen in den staatlichen Forst gegangen. Die Mädchen sind bis heute nicht zurückgekehrt. Die Mädchen heißen Else Vogt und Hedwig Majorczyk. Die Eltern sind über das Schicksal ihrer Kinder in begreiflicher Sorge und Unruhe. Wer etwas von dem Verbleib der Mädchen weiß, wolle sich umgehend beim Landjägeramt Bielpla melden.

Großenhain. Schlimme Folgen eines Insektenstiches. Eine junge Frau von hier war zu einer Geburtstagsfeier zu ihren Eltern gereist. Dort wurde sie von einem Insekt gestochen. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe trat Blutvergiftung ein und die junge Frau starb.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 21. Juli 1924.

Trinkt Ziegenmilch.

Während des Krieges war bekanntlich der Milchgenuß nur den Kindern, den Alten und Kranken ermöglicht. So kam die Ziegenzucht auf, und siehe da, das alte Vorurteil gegen die Ziegenmilch verstummte nach und nach. Wenn nun viele ihre Ziege abschaffen und wieder zur Kuhmilch übergehen, so tun sie nicht gut daran. Gewiß hat die Ziegenmilch einen etwas herben Geschmack, an den man sich übrigens in zwei, drei Tagen gewöhnt. Wo hingegen eine gut und reinlich gehaltene Ziege auch keine irgendwie Widerwillen einflößende Milch darbietet. Haltet also gefälligst Eure Ställe rein! Und werdet Eurer Ziegen nicht untreu, sie ist mehr als ihr ahnt Eure Wohltäterin geworden. Die Ziegenmilch ist in hohem Grade nahrhaft und heilhaltig und vor allen Dingen die gfundeste aller Milcharten. Denn die Ziegen werden nie, wie das bei den Kühen so häufig der Fall ist, von der Tuberkulose befallen, weshalb man die Ziegenmilch auch in ungekochtem Zustande unbesorgt trinken kann, wo noch alle die wertvollen Bestandteile, die beim Kochen verlorengehen, enthalten sind. Die Aerzte verordnen daher mit aller Dringlichkeit den Genuß von Ziegenmilch nicht nur den Brustkranken und bleichsüchtigen jungen Mädchen, sondern auch gesunden und schwächlichen Kindern.

---

* **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Eisleben hält morgen Dienstagabend 8 Uhr im kleinen Saal der „Terrasse" eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.**

Teutschenthal. Schwarz-Rot-Gold. Auch hier fand am Donnerstag, dem 17. Juli, eine Gründungsversammlung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt. Ueber Ziel und Zweck des Bundes sprach Kamerad Künne (Halle). Eine große Zahl der Anwesenden trat der Ortsgruppe bei. Der Vorstand besteht aus folgenden Kameraden: Karl Stephan, Grünstraße 9, Vorsitzender; C. Liebert, Große Mittelstraße 18, Kassierer; Hand Binder, Hallesche Straße 52, Schriftführer. Zum Sportleiter wurde der Kamerad Thomas gewählt. Alle diejenigen, die gewillt sind, die Republik und ihre Einrichtungen zu schützen, sind als Mitglieder des Reichsbanner willkommen und können sich bei den genannten Kameraden anmelden.

Klostermansfeld. Opfer des Badens. Einen plötzlichen Tod beim Baden fand ein Klostermansfelder. Der 23jährige Bergmann Walter Wiebach badete mit seinem Bruder und einer Anzahl Kameraden in einem großen, 15 Meter tiefen Grubenteich bei Dieskau, der jetzigen Arbeitsstelle der Brüder W. Plötzlich verschwand der jüngere der Brüder vor den Augen des älteren und kam nicht wieder hoch. Rettungsversuche blieben leider erfolglos. Erst nach 3 Tagen konnte die Leiche des so jäh aus dem Leben gerissenen jungen Mannes geborgen werden. Der Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Ausbeuterbetrieb.

Uns wird geschrieben:

Täglich bringen die Zeitungen Nachrichten über Betriebsstillegungen, Einführung von Kurzarbeit, Arbeiterentlassungen usw. In dem Betrieb der Maschinenfabrik Bühring in Landsberg dagegen ist Hochkonjunktur. Der Werksleitung ist es gelungen, das der Reichsbahn einen größeren Auftrag (Reparaturen von Lokomotivkesseln) zu erhalten. Es handelt sich also um Staatsarbeit. Diesen Auftrag benutzt die Firma, um das letzte aus der Belegschaft herauszupressen. Von den Arbeitern wird verlangt, daß sie täglich 12, 13, ja 14 Stunden arbeiten sollen. Es ist keine Seltenheit, daß in einer Woche bis zu 92 Stunden geschuftet wird. Dabei haben wir in Halle Tausende von Arbeitslosen, die monatelang vergeblich suchen Arbeit zu bekommen. Um die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen kümmert man sich einen Dreck. Lehrlinge unter 16 Jahren werden mit zu Ueberstunden herangezogen.

Wir fordern hiermit den Herrn Gewerberat auf, bei dieser Firma einmal nach dem Rechten zu sehen. Diese Aufforderung muß aber zuerst an den Betriebsrat gerichtet werden. Dieser scheint sich seiner Pflichten in keiner Weise bewußt zu sein. Wenn solche Zustände einreißen, ist das ein Beweis, daß die Betriebsvertretung nicht die Interessen der Belegschaft, sondern der Firma vertritt.

Kollegen von der Firma Bühring, wir fordern Euch auf, diese Ueberstundenschinderei abzuschaffen, denkt an Eure erwerbslosen Brüder, die über ein halbes Jahr mit ihren Familien Kohldampf schieben. Wir richten an die Belegschaft auch die Aufforderung, sich vor allen Dingen gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Die Betriebsleitung stellt mit Vorliebe Stahlhelmleute, Werwölfe usw. ein. Ein Beweis, daß wir uns nicht länger an der Nase herumtanzen lassen.

Wenn die hier geschilderten Mißstände wirklich vorhanden sind, dann ist es zwingende Notwendigkeit, daß so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen wird.

25 000 Ruhrbergarbeiter brotlos.

Die Zahl der Zechen im Ruhrgebiet, die wegen der angeblichen Absatzschwierigkeiten Feierschichten einlegen mußten, hat in den letzten Tagen zugenommen. Infolge der Feierschichten müssen täglich insgesamt 25 000 Bergarbeiter feiern. — Die Arbeitszeit der noch in Arbeit Verbleibenden muß aber verlängert werden und die Antreiberei wird zum Prinzip, wenn auch dadurch tausende Bergarbeiter mehr ihre Gesundheit und ihr Leben einbüßen.

Wetter-Voraussage.

Dienstag, den 22. Juli: Zeitweise heiter, meist wolkig-trübe, etwas kühler, Regenschauer, stellenweise Gewitter.

Mittwoch, den 23. Juli: Ziemlich heiter, meist trocken, nachts kühler, am Tage etwas wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240721 1-19/fragment/page=0006